Igel 58: Konflikte

Liebe Friedenstauben,

Die 58. Igel-Ausgabe ist da!

uns hat die Arbeit am Konflikte-Igel sehr viel Spaß gemacht, wenn auch manchmal eine Krise nicht vermeidbar war. Wir haben als neue Redax versucht aus unseren Erfahrungen zu lernen. „Qualität dauert“ ist natürlich kein Argument für den kleinen Zeitverzug. Wir bitten dafür um Verständnis.

In dieser Ausgabe geht es um zahlreiche Themengebiete, denn Konflikte gibt es überall. Wir haben uns über Kontinente, Philosophie und Kunst informiert, um euch ein möglichst gutes Ergebnis abzuliefern. Nur wenn mensch ihre/seine Zwänge versteht, können aus destruktiven Konflikten konstruktive Diskussionen entstehen. Dazu wollen wir euch anregen.

Leider hatten wir auch bei dieser Ausgabe mal wieder ein Problem mit der Quote. Wir bemühen uns gezielt Maßnahmen zu entwickeln die Frauen der Schreiberei näher zu bringen. Ein Beispiel war dafür die Schreibwerkstatt bei der LMV.

Wir sind uns außerdem dessen bewusst, dass viele Artikel Konfliktpotential haben und bitten euch deshalb uns für die nächste Ausgabe mit vielen Leser_innenbriefen zu versorgen, wenn ihr eine andere Ansicht zu einem bestimmten Artikel habt. oder generell etwas am Igel kritisieren wollt.

Viel Spaß bei der Lektüre!
Michèle, Christian, Judith, Patrick, Arne, Vanessa und Henrik

Inhalt

Thema

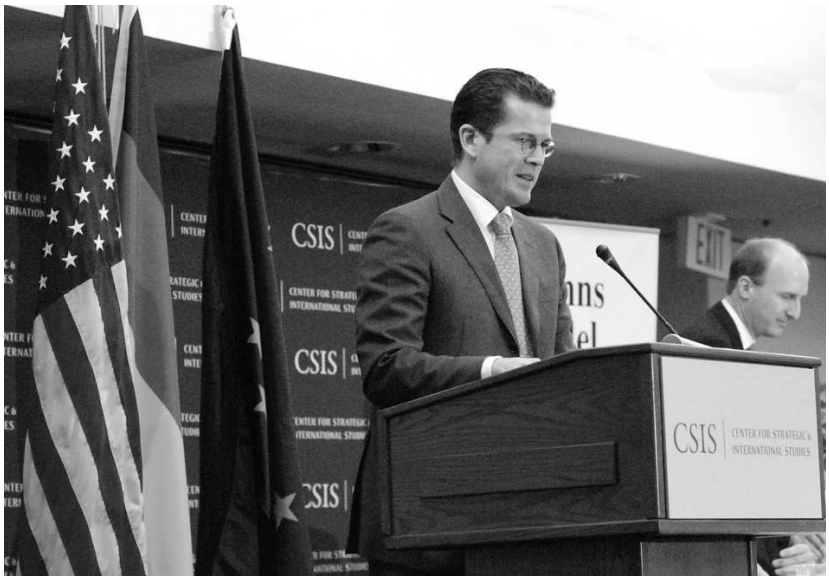
Harte Frontalkritik	3
Israel vs. Palästina?	5
Der Nahost-Konflikt aus arabischer Sicht	7
Der Konflikt mit mir und den Anderen	10
Der Konflikt in der Soziologie	11
Konfliktfelder in der Grünen Jugend	16
Dschihadismus	18
Gestrandet an den Küsten Europas	19
Tibet-ein vergessener Konflikt?	20
Südafrika	22
Häusliche Gewalt	24
Für den Westen seid ihr Abschaum	25
Interview mit Uli Cremer	27

Intern

Basisgruppen-Ticker	14
Der LaVo stellt sich vor	13
Adressen und Termine	30
Impressum	31

Harte Frontalkritik

Herr Guttenberg hatte ja schon immer einen Hang zur Verniedlichung der Lage. Statt Krieg, Krise oder Konflikt gab es nur mehrere "Scharmützel"am Kundus und in Afghanistan. Nichts Ernstes also. Bei der Kundus-Affäre wurde natürlich nur auf die zwei Tanklaster geschossen, nicht auf die dort herum stehenden Menschen. Als Privatdetektiv Schneiderhahn wusste, dass das Gegenteil der Fall ist und Guttenberg ins Messer laufen ließ,enthielt er Guttenberg seine gesammelten Informationen. Doch selbst mit dem Nato-Bericht hätte Guttenberg diese Lage richtig beurteilen können, sofern er guten Menschenverstand gehabt hätte. Was eigentlich Inkompetenz Guttenbergs war, wurde getarnt als starke Frontalkritik seitens Schneiderhahns. Dies bildete den triftigen Grund Schneiderhahn zu entlassen.



Wollen wir uns in diesem Zusammenhang also ebenfalls mit Schlagwörtern stark machen und eine starke "Frontalkritik" vom Zaun brechen. Zu diesem Zwecke soll im Folgenden das Augenmerk des Lesers auf die Grunddefinitionen von Krieg, Krise und Konflikt und dessen Unterscheidung gelenkt werden. Des weiteren wird das von Guttenberg so oft wie das Amen in der Kirche benutzte Wort "Scharmützel" genauer beleuchtet.

Krieg

Krieg wird oft im alltäglichen Leben benutzt: man liegt im Krieg mit den Finanzämtern oder anderen Behörden, es gibt Geschwisterkrieg, etc. Jedoch bedeutet Krieg im eigentlichen Sinne, dass physische Gewalt (Waffengewalt) durch Kampfverbände (bewaffnete Gruppen) angewendet wird. Es lassen sich im Groben vier Kriegstypen voneinander unterscheiden: Der erste Typus ist der Krieg zwischen Staaten, wie er schon etliche Beispiele in der Weltgeschichte erfuhr, deshalb wurde er "klassischer Krieg" getauft, so etwas ist beispielsweise im ersten und zweiten Weltkrieg passiert. Der zweite Typ ist stellvertretend für Kriege zwischen verfeindeten, nicht-staatlichen Akteuren innerhalb eines Staates ,wie z. B. ein Kampf zwischen verschiedenen Religionsanhängern im Libanon, bei solchen Situationen kann es mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem Bürgerkrieg kommen.. Nicht-staatliche Akteure sind zum Beispiel Anhänger revolutionärer Bestrebungen oder religiöse Mehrheiten oder Minderheiten, also all die Agierenden , die mit dem Staat nicht mehr gemeinsam haben, als zum Beispiel die monatlichen Abgaben zu entrichten, und nicht vom Staat in ihrem Handeln bestimmt werden , also autark sind und autonom agieren. Die dritte Art beschreibt einen Krieg zwischen einem staatlichen und einem nicht-staatlichen Akteur auf dem eigenen staatlichen Gebiet, wie es z. B. bei der Terrorismusbekämpfung im eigenen Land der Fall ist. Kennzeichnend für diesen Fall ist zum Beispiel, dass bewaffnete Gruppen unter der Autorität des Staates des jeweiligen Landes gegen Anhänger autonomer Organisationen kämpfen . Die vierte Kriegsart definiert sich als Krieg zwischen einem staatlichen und einem nicht-staatlichen Akteur auf einem fremden Staatsterritorium, dies ist bei den Interventionen innerhalb der EU zur Terrorismusbekämpfung der Fall. Dies ist dann so, wenn zum Beispiel Truppen aus England, Frankreich und Deutschland nach Afghanistan und zum Kundus geschickt werden, um dort gemeinsam mit den afghanischen Truppen gegen die Taliban und den Terrorismus im Allgemeinen zu kämpfen und anschließend gemeinsame Wiederaufbauhilfe zu betreiben.

Krise

Eine häusliche Krise kann zum Beispiel sein, dass der Vater abends seinen Lohn vertrinkt und nachher Frau und Kinder schlägt. In der Außenpolitik wird unter Krise ein Spannungszustand verstanden, in dem mindestens eine

der sich dort beteiligenden Parteien Gewalt anwendet. Wenn die Gewalt wiederholt wird, und nun regelmäßigen Gebrauch findet, dann spricht mensch von einer ernsten Krise.

Konflikt

Einen Interessenskonflikt kann zum Beispiel bei Geschwistern zu Auseinandersetzungen führen, die mit Gewalt, sei es physische oder verbale,dann vermeintlich beendet werden. Meistens geht es hier um die Besitzrechte von irgendwelchen Spielzeugen und Action-Figuren. In der Außenpolitik ist Ähnliches der Fall, nur im größeren Stil, seien es Uran-Vorkommen , Diamantminen, oder Ölreserven, oder alles zusammen. Deshalb ist Konflikt ein Begriff, der von der internationalen Politik geprägt wurde. Es treffen hierbei unterschiedliche Interessen von nationaler Bedeutung aufeinander. Zum Beispiel ist dies im Falkland-Konflikt der Fall, wie man schon am Namen hört. Dort werden vor der Küste Ölreserven vermutet, nun möchten dort zwei Länder die Alleinrechte auf die Ölförderung bekommen. Hier liegen Argentinien und Großbritannien im Konflikt um Ölressourcen.

Die Komparation lautet also: Konflikt, Krise, Krieg.

Das "Scharmützel" ist in Bezug mit dem Wort Konflikt zu setzen. Es bezeichnet ein kleines Gefecht oder ein Handgemenge zwischen kleineren Einheiten innerhalb eines Konflikts. Hierbei wird wild durcheinander gekämpft, ohne Sinn und Verstand, wie es immer in Spannungssituationen oder kriegerischen Auseinandersetzungen der Fall ist. Ein Scharmützel zeichnet sich durch die ungeheure Brutalität aus, mit der es geführt wird und kann ein Auslöser für einen Krieg sein. Scharmützel finden ebenfalls statt, wenn verschiedene Gangs gegeneinander kämpfen, East-Side gegen West-Side, so etwas in der Art. Krieg, Krise, Konflikt und Scharmützel können also im außenpolitischen Wortschatz und in alltäglichen Situationen ihren Gebrauch finden und sind als Vokabular in beiden Fällen angebracht.

Also dann, gewappnet mit Schlagwörtern und Wissen, auf zur Debatte und zum Lesen der jetzigen Igel-Ausgabe !

ARNE HERRMAN IST 18 JAHRE ALT UND ENGAGIERT SICH SEIT LETZTEN HERBST IN DER GJ NDS SOWIE IN DER NEU GEGRÜNDETEN ORTSGRUPPE IN LÜNEBURG.SEIT DER LETZTEN LMV IM HERBST ARBEITET ER AUßERDEM BEI DER IGEL-REDAKTION MIT. SEINE HOBBYS SIND MUSIK, KUNST, ALLTAGSPHILOSOPHIE UND NATUR. UNGERN FÜGT ER NOCH DAS HOBBY "SCHULE" HINZU.

Infokasten:

Der erste Fleck auf Guttenbergs porentief-reinen, weißen Weste wurde durch die Kundus-Affäre erzeugt.
Am 4.September 2009 hatte der dortige Oberst Georg Klein den amerikanischen Jagdbombern den Befehl gegeben, eine Menschenansammlung rund um zwei Tanklaster anzugreifen. Bei diesem Angriff starben 140 Menschen, viele davon waren Zivilisten.
Was folgte, war ein Nato-Bericht unter Verantwortung des ISAF-Kommandeurs Stanley McChrystal, sowie eine Einbindung und eine Übergabe der Verantwortung dieses Vorfalls auf den Verteidigungsminister Guttenberg. Die International Security Assistance Force(ISAF) ist seit August 2003 unter Mandat der UNO und unter der Führung der Nato in diesem Gebiet rund um Afghanistan tätig.
Es stellte sich heraus, dass dieser Anschlag gegen die dortigen Menschen verübt und nicht, wie vorher angenommen, gegen die Tanklaster selbst geführt wurde.
Guttenberg selbst hielt den Angriff zuerst für angemessen, da er die Tanklaster als Angriffsziel bezeichnete, obwohl erwiesenermaßen Anderes der Fall wahr.
Später hielt er den Fall für nicht mehr angemessen, stand aber immer noch hinter dem Oberst, der den Angriffsbefehl gegeben hatte.
Um weitere Informationen zu bekommen, bat er den Generalinspekteur Schneiderhahn und den Staatssekretär Peter Wichert um Informationen. Als diese ihm die Informationen auch nach erneutem Anfragen nicht gaben, entließ er sie. Guttenberg stand unter Druck, da seine Fassade zu bröckeln anfing und er begann seine Autorität zu verlieren.
Meinungen der SPD, der Grünen und der Linken dazu lauten:
Der SPD-Sprecher (Rainer Arnold) betont, dass man trotz eines Versprechens, allumfassend informiert zu werden, gerade dies nicht wurde.
Der Sprecher der Grünen (Omid Nouripour) erklärte, dass aus dem Nato-Bericht mehr als wahrscheinlich die richtigen Schlüsse hätten gezogen werden können, auch ohne die Informationen des Generalinspekteurs und des Staatssekretärs, nämlich die absolute Nicht-Angemessenheit dieses Falles.
Die linke Fraktion forderte die sofortige Entlassung Karl Theodors zu Guttenberg, der sich selbst für diesen Kundus-Vorfall nicht verantwortlich sieht.

Christoph Müller

Israel vs. Palästina?

Der Versuch auf zwei Seiten einige einführende Bemerkungen zum Nahostkonflikt zu skizziern

Es gibt wohl keine andere politische Debatte, die so geprägt ist von undifferenzierten, einseitigen und emotionalen Positionierungen, wie die Auseinandersetzung über den Nahostkonflikt. Heute ist die Nahostdebatte die Gretchenfrage in der linken Szene, wegen der sich schon so viele Gruppen gespaltet haben, verfeindet gegenüber stehen und sich bekriegen.

Ein erster emanzipatorischer Schritt beim Eintritt in die Nahostdebatte ist also die Fähigkeit zu differenzieren, statt diesen Konflikt einfach immer wieder in seinen Debatten zu reproduzieren. Die Bezeichnung israelisch-palästinensischer Konflikt suggeriert, es gäbe *die* israelische und *die* palästinensische Seite, die sich feindlich gegenüber stehen würden, und in der Debatte müsse man sich nun entscheiden, auf welcher Seite man steht. Betrachtet man aber zum Beispiel den BürgerInnenkrieg 2007 zwischen Milizen der verfeindeten palästinensischen Organisationen Hamas und Fatah im Gazastreifen, die Berichte von Menschenrechtsorganisation, wie die Hamas Oppositionelle umbringt oder in die Beine schießt (Amnesty International, 2009), oder beobachtet man, wie die aktuelle israelische Regierung konsequent versucht, die Arbeit israelischer NGOs und linker Gruppen zu behindern, wird schnell klar, wie absurd diese Vorstellung ist. In Wirklichkeit verläuft auch im Nahostkonflikt die Grenze nicht zwischen Israel und Palästina, sondern zwischen emanzipatorischen Gruppen, die sich für eine Zweistaatenlösung auf Kompromissbasis einsetzen, und anderen.

Zweitens sollte, wer die Nahostdebatte führt, sich bewusst machen, dass *Israelkritik* häufig nichts anderes als getarnter Antisemitismus ist. Das beweisen zum einen empirische Untersuchungen wie etwa die des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer, welche zeigen, wie große Teile der deutschen Bevölkerung Aussagen zu stimmen, die in der Wissenschaft als *israelbezogener Antisemitismus* gelten. So stimmen in einer repräsentativen Umfrage 44,4 % der Aussage zu *Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat*. Sogar 51,2 % der deutschen Bevölkerung stimmen der antisemitischen und revisionistischen Ansicht zu *Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis mit den Juden gemacht haben* (Deutsche Zustände, 2004). Das zeigt sich aber auch oft, wenn Israel angesprochen wird und viele sehr emotional Israel *kritisieren* und im jüdischen Staat etwas grundsätzlich Böses sehen, während ihnen beispielsweise andere politische Konflikte, die objektiv mehr Leben kosten, oder durch stärkere Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet sind, keine ähnlichen Reaktionen in ihnen auslösen.

Die einzige realistische Chance für eine mehrheitlich akzeptable Lösung des Nahostkonflikts sehen die meisten friedensbewegten AkteurInnen in Israel, in den palästinensischen Gebieten und aus der internationalen Gemeinschaft in der *Zwei-Staaten-Lösung*. Damit ist die Existenz eines souveränen Staates Israel und eines souveränen Staates Palästina entlang der so genannten *Grünen Linie* von 1967 – unter Berücksichtigung eines Landaustausches von etwa drei bis sechs Prozent der Gesamtfläche – gemeint. Dazu müsste ein völkerrechtlicher Sonderstatus für Jerusalem, *dem* Zankapfel im Nahostkonflikt, geschaffen werden, der es allen Menschen auf der Welt erlaubt, die religiösen Stätten in der Altstadt ungehindert und gefahrlos aufzusuchen. Obwohl diese Variante für einen Frieden von außen nur all zu einfach scheint, ist eine Realisierung in utopischer Ferne.

Die Gründe dafür sind so vielseitig wie der Konflikt selbst. Die andauernde israelische Besatzung der West-Bank, die sich der palästinensischen Bevölkerung täglich durch die Siedlungen, die Checkpoints und die ständigen Präsenz der israelischen Armee (IDF) zeigt, ist schwer zu rechtfertigen. Nachdem die palästinensische Bevölkerung der West-Bank der ersten Aufforderung der *Road-Map* (2003) nachgekommen ist und den Terror gegen Israel eingestellt hat (2009 gab es keinen Terroranschlag gegen Israel aus der West-Bank), sind nun wesentliche Forderungen an Israel der sofortige Siedlungsstopp und die schnellstmögliche Beendigung der Besatzung der West-Bank. Eine essentielle Forderung gegenüber der in der West-Bank regierenden Fatah ist die Bekämpfung der Korruption. Viel zu viele Gelder der

Der Autor vor der Klagemauer, der heiligen Stätte der Jüdinnen und Juden, in Ostjerusalem (2010)

internationalen Hilfsgemeinschaft verschwinden in den Taschen korrupter PolitikerInnen und zweifelhafter Organisationen.

Komplizierter und dramatischer ist die Situation nach wie vor im Gazastreifen. Die aktuelle Situation für die Menschen dort ist katastrophal. Das liegt zum einen an der israelischen Blockade. Zwar ist das Sicherheitsinteresse Israel berechtigt und der Wunsch nach Schutz vor Raketenangriffe gegen die eigene Zivilbevölkerung unterstützenswert; die Blockade verhindert aber nicht nur, dass Waffen und Munition in den Gazastreifen gelangen, sondern hindert oftmals auch die Einfuhr dringend benötigter Baumaterialien und humanitärer Hilfsgüter. Zum anderen liegt das aber auch an der herrschenden Hamas, die nicht nur Israel konsequent bekriegt, sondern auch die eigenen Bevölkerung drangsaliert. Laut internationaler Menschenrechtsorganisationen geht die Hamas immer wieder gewaltsam gegen Oppositionelle vor. Die Berichte von rechtswidrigen Festnahmen, Folter und der Anwendung der Todesstrafe lassen keinen Zweifel an dem Charakter dieser Organisation. Die Hälfte der im dicht besiedelten Gazastreifen lebenden Menschen sind Kinder unter fünfzehn Jahren. Sie wachsen in einem Klima der Gewalt und des Hasses auf, dass viele Hoffnungen für eine friedfertiger eingestellte Bevölkerung in der nächsten Generation schon jetzt zerstört.

Hoffnung geben die vielen linken, friedensbewegten und emanzipatorischen Organisationen in Israel und den palästinensischen Gebieten, die trotz aller negativer Aussichten beständig für eine *Zwei-Staaten-Lösung*, für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Zu einigen dieser Organisationen, wie etwa *Young Meretz*, *Green Course* und dem *Green Movement* pflegt die Grüne Jugend seit einigen Jahren intensive Beziehungen. Seit 2005 reist jedes Jahr eine Gruppe aus Deutschland nach Israel und in die palästinensischen Gebiete oder eine israelische Delegation besucht uns in Deutschland. Der direkte Austausch mit Menschen aus der Region zeigt immer wieder, dass die Region so viel mehr ist als der Konflikt und der Konflikt so viel mehr als Israel vs. Palästina.

Christoph Müller (23) ist Student der Sozialwissenschaften (Sozialpsychologie und Soziologie) in Hannover und Koordinator des Fachforums Nahost in der Grünen Jugend.

Kontakt: christoph.mueller@gruene-jugend.de

PAUL LÜDEMANN

Der Nahost-Konflikt aus arabischer Sicht

“ Unter den Juden gibt es einige, die den Sinn der Worte verdrehen. […] Aber Gott hat sie wegen ihres Unglaubens verdammt. Nur wenige unter ihnen glauben.”
Der Koran, Sure 4, Vers 46

Ich möchte zuallererst anmerken, das ich den Islam im Allgemeinen gut finde. Ich habe ihn als häufig missverstandene Religion kennen gelernt, die sich durch einen Haufen guter Ideen auszeichnet. Es ist mir insofern schwer gefallen, dieses Zitat zu wählen, weil es für viele sicher nur das Bild verstärkt, das sie vom Islam haben. Ich will nur zeigen, dass die arabische und jüdische Bevölkerung des nahen Ostens schon eine lange Geschichte gemeinsamen Konflikts hat. Keiner kann schließlich sagen, wann Abrahams Söhne sich zerstritten haben und wütend ihrer Wege gezogen sind. Nur dass der Streit noch tiefer geht als die letzten sechzig Jahre des Krieges.

Ich lebe jetzt seit über einem halben Jahr in Ägypten, in Port Said an der Mündung des Suez-Kanals ins Mittelmeer. Die Israel am nächsten gelegene ägyptische Großstadt hat eine lange Geschichte im Nahostkonflikt, die nach pharaonischer Tradition immer so erzählt wird, dass die Einheimischen als strahlende Helden dar stehen, meist gegen eine vernichtende Übermacht. Wir feiern die Suez-Krise von 1956, in der die Bevölkerung von Port Said glorreich die englischen, französischen und israelischen Truppen zurückgeschlagen hat, abgeschnitten von Versorgung und Militär. Fakt ist, dass die britische Marine einfach die halbe Stadt niedergebrannt hat. Stolz erzählt man des weiteren von der Rückeroberung der Sinai-Halbinsel unter Präsident Anwaras-Sadat. Kaum ein Ägypter weiß (oder will wahrhaben), dass Ägypten trotz anfänglicher Erfolge den Oktoberkrieg 1976 verloren hat. Die Rükkgabe des Sinai war elementarer Bestandteil der Friedensverhandlungen und half den legendären Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten möglich zu machen.

Präsident Sadat, der 1981 von radikalen Muslimen bei einer Militärparade erschossen wurde, wird von vielen Arabern und auch Ägyptern als Verräter am arabischen Volk angesehen, da er in ihren Augen durch den Friedensvertrag die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel rechtfertigte. Sie schreiben es unter anderem ihm zu, dass die nicht anerkannte Besetzung Ost-Jerusalems oder die umstrittenen Siedlungsprojekte im Westjordanland ungesühnt bleiben.

Nachdem die PLO die Forderungen der letzten Vereinbarung erfüllt hat, steht sie nun unter Druck aus den eigenen Reihen, da Israel bisher weder die Siedlungsprojekte gestoppt hat noch die Rückgabe von Ost-Jerusalem in Aussicht stellt. Viele Araber sehen das als offene Beleidigung und als Beweis, dass die Israelis nicht wirklich am Frieden interessiert sind, sondern nur an der eigenen Sicherheit. Die Gefahr besteht, dass viele Palästinenser wieder nach gewaltsamen Lösungen suchen, nachdem Israel seinen Teil der Abmachung nicht einhält.

Halbherzige Aufrufe der internationalen Gemeinschaft wurden von Israel bisher kaum wahrgenommen. Die Aufgabe, Druck auf Israel auszuüben, diplomatisch und militärisch, sehen viele bei Ägypten, dem bevölkerungsreichsten arabischen Land, so wie Präsident Nasser es vor 50 Jahren getan hat. Dieser Mann, der Ägypten nach der Revolution 1956 regierte und berühmt ist für seine panarabischen Ideen, träumte einst von einer arabischen Liga, die ein Gegengewicht zu den USA darstellen sollte. In der wäre natürlich kein Platz für Israel gewesen, ein Staat, den damals noch alle arabischen Länder kategorisch ablehnten.

Manchmal stellt sich wirklich die Frage, ob den Palästinensern die internationale Vertretung fehlt. Noch völlig unorganisiert, als die jüdischen Bewohner des Gebiets erstmals ein Parlament formten und später den Staat Israel

ausriefen, schwankt die Autorität bei ihnen zwischen der auf Frieden bauenden PLO und radikalen Gruppen wie der Hamas.

Deutschland folgt momentan wie auch die meisten anderen Länder dem amerikanischen Beispiel der Nahost-Politik. Das hat in Ägypten zu vielen Verschwörungstheorien geführt, denen zufolge die USA von einer jüdischen Lobby kontrolliert werden, die schon längst eine Atombombe auf Kairo abgeworfen hätte, wenn Israel nicht auch davon betroffen sein könnte.

Die Tatsache, dass Israel die Bombe hat, verstärkt diese Theorie, da doch der Iran als muslimisches Land mit Sanktionen und Drohungen der Weltgemeinschaft für sein Atomprogramm bestraft wird, während Israel mit Indien und Pakistan zu den Atommächten gehört, die sich bis heute jeglicher internationaler Kontrolle entziehen.

„Wir müssen kämpfen", sagt mein Gastbruder, „was ist das denn für ein Frieden, den wir jetzt haben, wenn Israel nichts ändert? Sie nehmen den Palästinensern Stück für Stück das Land weg. Wir müssen uns wehren." Mir „wir" meint er die arabische Gemeinschaft.

Mein Gastbruder ist nicht dumm, er liest täglich Zeitung und hat eine ausgeprägte Meinung zur ägyptischen Politik, etwas Seltenes in diesem Land, das seit 50 Jahren vom Militär regiert wird. Ich widerspreche und muss fast lachen über seine idealistischen Idee von einem Befreiungskrieg. Doch ich merke in Gesprächen wie diesen, dass man hier eine andere Auffassung der Situation hat. Die Palästinenser sind die Ausgebeuteten, Schwachen, die sich gegen die israelische Übermacht auflehnen. Einige sehen es rein politisch, für andere ist die Tatsache dass die Israelis fast alle jüdisch sind ein weiterer Beweis für deren Bösartigkeit. Auch die Medien vermitteln ein Bild, das hauptsächlich von bedrohlichen israelischen Soldaten und weinenden Palästinenserkindern geprägt ist. Aus dieser Perspektive ist das Verlangen vieler Ägypter nach Widerstand und Kampf durchaus verständlich. Schließlich sympathisieren wir im Westen auch immer wieder mit Freiheitskämpfern, und für die arabische Bevölkerung kommt noch dazu, dass sie die Palästinenser als Landsleute sehen, als Teil eines längst verfallenen arabischen Großreiches.

Ich bin deutsch. Wie man es auch dreht und wendet, ich bin eine vollständige Kartoffel und das macht es nicht angenehmer in einem Land zu leben, in dem Israels Existenzrecht durchgängig angezweifelt wird. Es macht Spaß, solange der Taxifahrer von deutscher Lebensqualität, deutschen Autos und deutschen Frauen schwärmt, aber nicht mehr, sobald ein Satz kommt wie: „Achso, wenn du deutsch bist, dann hasst du ja auch die Juden" oder „Also ich finde Hitler auch gut". Wenn ich empört bin und heftig widerspreche, reagiert mein Gegenüber mit Verständnislosigkeit. Also erkläre ich. Dass wir Hitler hassen und Juden voll okay finden. Warum? Blöde Frage. Trotzdem erkläre ich weiter. Manche korrigieren sich dann: „Ich hasse ja nicht die Juden, ich hasse Israel." Andere bleiben stur, so wie mein Arabischlehrer. Zum Glück bin ich auf einer internationalen Schule und bekomme Hilfe von den Amis. Die haben gute jüdische Freunde und erklären ihm, dass sie nicht böse und geizig sind. Er schüttelt den Kopf und liest weiter in dem großen roten Buch mit dem arabischen Titel „Über den Juden" und einem Klischeebild auf dem Umschlag.

Eine Sache habe ich übrigens noch herausgefunden: Warum die Araber die Juden nicht leiden können. Angeblich haben sie einst Moses verleugnet, als dieser die Ankunft des Propheten Mohammed voraussagte. Leider ändert diese Information nichts an der momentanen Lage. Ein Konflikt, wie er in Buche steht, Ergebnis von Jahrtausenden Unkenntnis, Angst und Hass. Wir können nur hoffen, dass beide Seiten sich mit der Zeit vertragen.

PAUL LÜDEMANN IST 15 JAHRE ALT, AKTIV IN DER GREENPEACE-JUGEND UND SEIT 8 MONATEN FÜR EIN AUSLANDSJAHR IN PORT SAID, ÄGYPTEN

ANZEIGE

Neulich im Landtag

Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag Niedersachsen - Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover - Tel. 0511/3030-4201 - www.gruene-niedersachsen.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

JUSTIZVOLLZUG IN NIEDERSACHSEN

Von Helge Limburg

Neulich im Landtag, da waren die Gänge der Grünen Fraktion leer Der jährliche Seitenwechsel stand an und dieses Mal führte uns das Projekt in die Justizvollzugsanstalten (JVAen) des Landes. Einen Tag lang blickten wir hinter Gitter: Wir begleiteten die Bediensteten bei ihrer Arbeit, führten Gespräche mit den Anstaltsleitungen und unterhielten uns mit den Interessenvertretungen der Gefangenen.

Ein grünes Thema

Dass wir als Abgeordnete Justizvollzug zum Thema gemacht haben und die Hospitationen in den JVAen absolviert haben, hatte mehrere Gründe. Einer davon ist, dass das Thema Justizvollzug häufig vernachlässigt wird und in öffentlichen Debatten nur einseitig aufgegriffen wird. Keine Frage: Es ist nicht einfach, sich mit Menschen auseinanderzusetzen, die Straftaten begangen haben und zu TäterInnen geworden sind. Aber die Verurteilung zu einer Haftstrafe und damit das „Wegsperren" von StraftäterInnen ersetzt diese Auseinandersetzung nicht. Sie sind und bleiben ein Teil der Gesellschaft. Im Sinne des Primats des menschenwürdigen Umgangs mit Inhaftierten und des Glaubens daran, dass sich Menschen ändern können, ist ein zentrales Ziel des Justizvollzuges die Resozialisierung dieser Menschen und ihre Reintegration in die Gesellschaft.

Grüne Forderungen

Damit dies gelingen kann, sind im Bereich Justizvollzug einige Änderungen notwendig:

- Der Übergang zwischen Haft und Freiheit muss z. B. durch Lockerungen und durch die Unterbringung im Offenen Vollzug besser gestaltet werden.
- Die Möglichkeiten für Inhaftierte an sozialtherapeutischen Maßnahmen teilzunehmen müssen ausgebaut werden.
- Der Kontakt zum Leben und zu (technischen) Entwicklungen außerhalb der Gefängnismauern muss gewährleistet sein.

Über diese Forderungen hinaus gilt es, Initiativen zur Haftvermeidung zu unterstützen und den Täter-Opfer-Ausgleich als Ergänzung zu gerichtlichen Verfahren zu etablieren.

JVA Bremervörde

In Bezug auf die Gesamtsituation des Justizvollzuges in Niedersachsen bestehen unseres Erachtens jedoch noch einige „Wissenslücken" – vor allem in Bezug auf die Pläne der Landesregierung, in Bremervörde eine JVA in Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP) zu errichten. Davon abgesehen, dass wir die Notwendigkeit einer neuen JVA in Frage stellen, weil wir annehmen, dass die vorhandenen Kapazitäten reichen, stellen wir auch das Prinzip der ÖPP in Frage. Justizvollzug ist eine hoheitliche Aufgabe, die der Staat nicht einfach so abgeben darf. Dass ÖPP-Projekte weniger Geld kosten, wie das Justizministerium behauptet, ist nicht gesichert. Das zeigt das Scheitern des ÖPP-Projektes JVA Hünfeld in Hessen: Die Bau und Betrieb dieser JVA war letztendlich um einiges teurer als es ein staatliches Gefängnis gewesen wäre.

Seitenwechsel: Helge vor der JAA Nienburg

Ausblick

Klar ist, dass sich die JVA-Landschaft in den nächsten Monaten und Jahren verändern wird – ob mit oder ohne eine neue JVA Bremervörde. Deren Auswirkungen auf die Inhaftierten und auf die Bediensteten im Justizvollzug gilt es genau im Blick zu halten. Doch auch so gibt es noch einiges zu tun, um die Lage im Justizvollzug zu verbessern. Die Mehrheitsverhältnisse im Landtag stellen dabei immer wieder eine Herausforderung dar. Aber steter Tropfen höhlt den Stein: Die grüne Forderung nach einer Abschaffung der Mehrfachzellenbelegung wird nun umgesetzt.

Helge Limburg ist Sprecher für Strafvollzug in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag und außerdem Mitglied der GJN.

Zahlen, Daten, Fakten

In Niedersachsen gibt es 14 Justizvollzugsanstalten (JVA), darunter die Jugendanstalt (JA) Hameln, in der jugendliche Straftäter untergebracht sind, und die JVA für Frauen in Vechta. Am 31.5.2009 waren 6.296 von insgesamt 7.484 Haft- und Arrestplätzen belegt.

	Offener Vollzug	Geschlossener Vollzug
Frauenvollzug	62	232
Männervollzug	852	4.380
Jugendvollzug	115	561
Jugendarrest	-	94

Florian Thielebörger

Der Konflikt mit Mir und den Anderen

Jeder ist es. Jeder ist einzigartig. In den letzten Jahren meines Lebens habe auch ich gelernt, dass ich einzigartig bin. Keiner wie jeder andere, aber andere sind ja auch nicht gleich. Wie fast jeder, hatte ich auf meinem Weg, meiner Entwicklung, zu der Person die ich jetzt bin, einige Konflikte.

Allein die Tatsache, dass ich schwul bin, musste vor allem ich erst mal akzeptieren. Allein dieser Weg hat Jahre in Anspruch genommen. Aber wie habe ich das eigentlich gemerkt? Die Sache klingt komisch, denn ich hätte 2003 (ich war damals in der 4. Klasse) niemals darüber nachgedacht ob ich eventuell schwul sein könnte. Damals war das etwas Unbekanntes für mich. Es war unbekannt bis mich ein Klassenkamerad gefragt hat, ob ich schon einmal darüber nachgedacht hätte, wie es wäre schwul zu sein. Ich hatte keine Ahnung. Seit diesem Abend ist alles anders.

Mein Leben verdrehte sich in Richtungen von denen ich nicht wusste, dass sie überhaupt existierten. Erst Anfang 2008 ist mit klar geworden, dass sich ein Leben so nicht lohnt. Das war der erste Konflikt mit dem ich mich auseinandersetzen musste. Mit mir selbst. Doch ich begann mich zu akzeptieren – musste allerdings auch feststellen, dass schwul sein nicht so einfach ist wie man es vielleicht denken mag. Als homosexueller Jugendliche_r ist man eingeschränkt, wenn man sich mit jemandem treffen möchte. Was sage ich meiner Mutter, wo ich bin? Schöpft sie Verdacht? Aus diesem Grund tat ich einen nächsten Schritt: Ich begann mit Freundinnen darüber zu reden. Freunde hatte ich eh nie wirklich gehabt. Somit kamen also weitaus mehr positive Reaktionen. Das hat mich bestärkt. Nur eine Freundin hat einen Fehler gemacht: Sie sprach mit anderen darüber, obwohl ich ihr gesagt hatte, dass sie bitte nur mit den

Leuten darüber reden solle, denen ich es bereits erzählt habe. Nun sprach sie aber auch noch ausgerechnet mit den Jungen, mit denen ich absolut nicht klar kam in der 10. Klasse. Es verbreitete sich wie ein Lauffeuer im ganzen Jahrgang; da war ich noch 15. Doch zu meiner Überraschung waren auch dort die Reaktionen weitestgehend positiv. Klar, von 160 Leuten waren auch ein Paar dabei die anfingen über mich herzuziehen. Es war nicht mal viel. Man geht an ihnen vorbei und bekommt ein „Schwuchtel“ oder „Scheiß Homo“ an den Kopf geworfen. Was dann schon ein wenig härter war, war dass Jungs mit denen ich eigentlich ganz gut klar kam auf einmal nichts mehr mit mir zu tun haben wollten. Anderen zu Folge hätten sie Angst, ich könnte sie anfassen oder so etwas. Solche Beleidigungen und Vorwürfe mögen im ersten Moment lächerlich klingen. Als ob ich jemanden anfassen würde von dem ich weiß, dass er heterosexuell ist. Beziehungsweise, so hart scheinen diese Wörter nicht. Aber wenn das dann jeden Tag kommt, wenn man jeden Tag die selben Wörter an den Kopf geschmissen bekommt, läuft auch bei einem_r recht selbstbewussten Schüler_in das Fass über. Mein nächster Schritt war das Outing bei meiner Mutter, welches eigentlich – nach ein paar anfänglichen Schwierigkeiten – sehr gut verlief.

Aber eine Person hat mir sehr geholfen, besser damit klar zu kommen. Ich habe sie irgendwann im SchülerVZ kennen gelernt. Sie ist lesbisch und weiß gut damit umzugehen. Die Tatsache, dass ihr Vater ihr das nicht glaubt, ist eher lustig als dumm. Jenny, so heißt sie, und ich haben uns also irgendwann einmal in der Stadt getroffen. Wir haben uns gegenseitig aufgebaut. Und ja, gelegentlich machen wir auch Witze über nicht homosexuelle Leute. Ich meine, wie du mir, so ich dir. Zusammen bauen wir in der Region eine kleine Gruppe auf, die wir „G.Powers“ getauft haben. Das G steht hier natürlich für „Gay“ (engl. schwul). Hinter den ganzen Problemen die man als Homosexuelle_r – vor allem am Anfang – hat, liegen eine ganze Menge positive Dinge, die man nur finden muss. Es sind viel mehr Leute nicht-heterosexuell, als man denkt.

Am Ende möchte ich ein Resumée ziehen und allen Homo- bzw. Bisexuellen sagen, dass der Weg zwar hart und steinig ist, man ihn mit dem gewissen bisschen Selbstbewusstsein aber gut meistern kann! Heute, mit 17 Jahren, kann ich behaupten, dass ich ein stolzer Homosexueller bin und auch keine Scheu mehr habe es den Leuten zu sagen. Wer fragt, bekommt die Antwort – JA.

Florian ist 17 Jahre alt und seit ca. 2 Jahren Mitglied der GJ Peine. Er besucht die 11. Klasse der Integrierten Gesamtschule Peine und interessiert sich sehr für Schulin- und externe Gremien und Musik.

MAXI LOU GEßNER

Der Konflikt in der Soziologie

Die theoretische Betrachtung

Konflikte gibt es immer. Diese Annahme ist unter allen Theoretikern und Theoretikerinnen Konsens. Davon abgesehen gibt es viele verschiedene Sichtweisen dieser sozialen Interaktion. Der folgende Text soll einen kurzen Überblick über historische Meinungen und die heutige Definition geben.

Drei historische Diskurse

1. der Mensch unlöslich vom Naturzustand

Dieser Gedanke entsteht über das Bestreben der Herstellung von Ordnung in der Gesellschaft der Moderne, abseits von religiösen oder natürlichen Ordnungen. Vordenker dieser Richtung ist Thomas Hobbes. Er sieht die Natur des Menschen im Zusammenleben als zerstörerisch, woraus sich zwangsläufig Konflikte ergeben. Er hält einen Kampf jeder gegen jeden für unausweichlich. Auf diesem Wege solle eine Herrschaftsordnung hergestellt werden, die jedoch die Triebe aus der sie entstand kanalisiert und abmildert.

Nicht nur diese sondern auch moderne Theorien bauen auf dem Naturzustand bzw. biologischen Gegebenheiten auf. Die Soziobiologie nach Edward Wilson schreibt dem Menschen animalisches Verhalten zu, das in den Genen begründet die natürlichen Auswahl ermöglicht. Nach Darwin also: Survival of the fittest. Das Überleben der_des Stärkeren. Der Mensch ist demnach nicht zu sozialem Handeln fähig sondern das Verhalten ist auf den Kampf um Ressourcen und die eigene Fortpflanzung reduziert.

2. Gesellschaftstheorie

Dieser Diskursstrang löst sich vom Naturzustandsdenken und betrachtet Strukturen und Werte in der Gesellschaft.

Strukturen

Karl Marx entwickelt die Theorie des Klassenkampfes. Ihm zufolge beruhen Konflikte auf grundsätzlichen Interessengegensätzen zwischen sozialen Klassen. Diese Konflikte sieht er auf dem Weg zu einer klassenlosen Gesellschaft, in der das Eigentum an Produktionsmitteln aufgehoben ist. Der Konflikt hat also positiven gesellschaftlichen Effekt und ist sogar notwendig für die Veränderung der Gesellschaft. Eine der bedeutendsten modernen Theorien stammt von Ralf Dahrendorf. Sie steht im Kontrast zum Marx'schen Ansatz. Er sieht nicht das Eigentum an Produktionsmitteln als allgemeinen Grund der Konflikte, sondern die

Karl Marx

Herrschaft, die sich immer aus einer an ihr teilhabenden Minderheit und von ihr ausgeschlossenen Mehrheit zusammensetzt. Auch bei Dahrendorf ist der Konflikt demnach unvermeidlich. Ihm solle durch Konfliktregelungen entgegengekommen werden.

Werte

Auch Max Weber beschäftigte sich mit Konflikten. Nach Weber kam es mit der Loslösung von allgemein verbindlichen Handlungsorientierungen, wie der Religion, zu einer Rationalisierung von Weltbildern und damit auch zu einer Vielzahl von verschiedenen Werten, welche keine gesellschaftliche Hierarchie mehr zulassen. Die Moderne erzeuge, neben Sinnverlust, zwangsläufig Konflikte zwischen verschiedenen Werten. Konflikte bedeuten für Weber deshalb auch Freiheit. Ein weiterer Ansatz ist die Systemtheorie, von Talcott Parsons entwickelt und von Niklas Luhmann weitergedacht. Nach Luhmann ist der Konflikt ein soziales System. Bereits ein in Kommunikation geäußertes 'nein' ist ein Konflikt. Der Konflikt ist ein alltägliches zufälliges Ereignis und wird nicht in gut oder schlecht unterschieden.

Darüber hinaus gibt es noch verschiedene Theorien, die im Kontext zu den Strukturen und Werten einer Gesellschaft stehen. Zum Beispiel zur geschlechtsspezifischen Ungleichverteilung der feministischen Theorie. Andere wie Pierre Bourdieu unterscheiden verschiedene 'Kapitale', das ökonomische, das soziale, das symbolische und das kulturelle, die zu ungleichen Lebenschancen und so zu sozialen Konflikten führen.

3. Interaktionismus und Akteurstheorie

Die interaktionistische bzw. akteurstheoretische Perspektive sieht die Wirkungen andersrum: Nicht die Gesellschaft mit ihren Strukturen und Werten wirkt auf die Individuen, sondern die Akteure und Akteurinnen bzw. deren soziale Beziehungen wirken auf die 'Gesellschaft' an sich. Vertreter dieser Sichtweise ist Georg Simmel. Auch er sieht den Konflikt konstruktiv als Faktor zur Integration von Menschen in Gruppen. Der Konflikt ist also keine Gefahr für die Gesellschaft, sondern eine Form der Vergesellschaftung.

In Anlehnung an Simmel bezeichnete Lewis A. Coser den Konflikt als Bedingung für den sozialen Wandel und schrieb ihm eine sozialisierende Funktion zu: Konflikte führen zu einer Anpassung bzw. Neuschaffung sozialer Normen und Regeln, dadurch entstehen neue soziale Strukturen. Unter die akteurstheoretische Betrachtung fällt auch die Tendenz von Konflikten zur Eskalation. Einmal wahrgenommen können sich Konflikte schnell hochschaukeln, bis dahin, dass die Ursache des Konflikts nicht mehr bestimmend ist, sondern nur der Konflikt selbst. Friedrich Glasl beschreibt 5 „Basismechanismen der Eskalationsdynamik“:

1. Zunehmende Projektion bei wachsender Selbstfrustration – Alles Negative wird auf die Gegenseite projiziert, zudem frustrieren sich die Personen mit unbeherrschten Aktionen selbst.

2. Ausweitung strittiger Themen bei gleichzeitiger Komplexitätsreduzierung – Es kommt zu einer ‚Issue-Lawine’. Die Konfliktparteien neigen zur Vereinfachung, da die komplexen Zusammenhänge nur beschränkt bearbeitet werden können.

3. Wechselseitige Verflechtung von Ursache und Wirkung bei gleichzeitiger Simplifizierung der Kausalbeziehungen – Die Zusammenhänge werden stark vereinfacht dargestellt, Ursache und Wirkung verwechselt und objektive und subjektive Gründe vermischt.

4. Ausweitung der sozialen Dimension bei gleichzeitiger Tendenz zum Personifizieren des Konflikts – Einbeziehung weiterer Personen zur Unterstützung, zudem wird die Schuld mit der Person gleichgesetzt und die Konfliktparteien sehen sich weniger.

5. Beschleunigung durch Bremsen – Was als Abschreckung beabsichtigt ist, wirkt als Provokation und Beschleunigung.

Eskalation hat nach Glasl drei Stufen: Die erste ist die win-win-Situation, in der beide Parteien profitieren. Die zweite ist die des win-lose, in der eine Partei verliert. Und die dritte ist letztlich die lose-lose, in der beide verlieren.

Definition und Einteilung

Heutzutage verstehen wir unter sozialen Konflikten Konflikte die aus strukturell vorgegebenen Interessen, Wert- oder Erwartungswidersprüchen meist zwischen zwei Parteien entstehen.

Oft wird unterschieden in latente und manifeste Konflikte. Bei latenten Konflikten sind die Widersprüche zwar sozial-strukturell angelegt, aber dem Subjekt nicht bewusst und wirken sich nicht auf das Handeln aus. Manifeste Konflikte jedoch bilden sich im Handeln ab und Lösungsversuche werden unternommen. Die Kritik an dieser Einteilung beschreibt Konflikte als interaktiv, d.h. nicht unkommuniziert, unterbewusst und unwirksam. Danach gibt es keine latenten Konflikte.

Konflikte gibt es auf verschiedenen Ebenen. Im Kleinen sind es Konflikte zwischen Individuen. Auf der mittleren Ebene sind es Konflikte zwischen Gruppen. Im großen sind es Konflikte von Institutionen und Organisationen, d.h. Verbänden und Unternehmen oder auch Staaten.

MAXI LOU GEßNER STUDIERT IN GÖTTINGEN POLITIK UND VWL UND BESUCHT FREIZEITLICH AUCH SOZIOLOGIEVORLESUNGEN.

Der LaVo stellt sich vor

Auf der letzten Landesmitgliederversammlung haben wir einen neuen Landesvorstand gewählt. Hier stellen wir uns kurz vor:

Steffen

Hey, ich bin Steffen, 19 Jahre alt und aus Braunschweig (bzw. bald wieder Gifhorn :-)). Ich wurde auf der letzten LMV zum Politischen Geschäftsführer gewählt und möchte mich dafür einsetzen, dass wir als LaVo gut organisiert und kooperativ arbeiten. Besonders Spaß macht mir u.A. die Anti-Atom Arbeit, außerdem die Vernetzung und Förderung der Ortsgruppen in der GJN.

Svenja

Hallo ihr Lieben, ich bin 19 Jahre alt, komme aus Gifhorn und bin Beisitzerin. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit sowohl innerhalb des LaVos aber gerade auch mit euch allen zusammen auf der Straße, per Mailkontakt, auf Seminaren oder in Ortsgruppenbesuchen. Mir ist es wichtig, dass wir alle Mitglieder in unseren politischen Prozess einbinden und Hierarchien weiter abbauen. Inhaltlich möchte ich mich in nächster Zeit besonders mit Antikapitalismus, Umwelt und Basisdemokratie beschäftigen.

Lia

Hi, ich bin Lia, 23 und aus Hannover. Seit der letzten LMV bin ich Sprecherin und in meiner Freizeit studiere ich Politikwissenschaft ;-) Ich freue mich sehr auf die Arbeit im nächsten Jahr und hoffe, wir können viel bewegen. Gerade finde ich es sehr wichtig, dass wir unsere innerverbandlichen Diskussionen weiterführen und als Verband noch enger zusammen-wachsen. Auf der anderen Seite werden wir auch Vernetzung nach außen betreiben, damit wir gegen das Versammlungsgesetz, die miese Bildungspolitik und den Ausstieg aus dem Ausstieg eine breite Mehrheit zusammenbekommen.

Jil

Hallo, ich bin Jil, seit letzter LMV Beisitzerin und super gespannt auf die Arbeit im LaVo. Ich möchte viel in den Ortsgruppen unterwegs sein, (Basis-)Seminare organisieren und einfach viel Zeit mit der GRÜNEN JUGEND verbringen. Meine inhaltlichen Schwerpunkte sind unter anderem Bildung, Rassismus und Tierschutz.

Jan

Hallo, ich bin seit der letzten LMV unser Sprecher. Meine Themenschwerpunkte sind Migrationspolitik und Bewegungen. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir wahrgenommen werden, dass unsere Inhalte berücksichtigt werden.

Nele

Hej, ich wurde auf der letzten LMV zur Schatzmeisterin gewählt. Neben der Kontrolle der Finanzen möchte ich mich vor allem für die Fortführung der Basisseminarreihe einsetzen, Ortsgruppen betreuen und mit euch allen auf der Straße Präsenz zeigen. Meine Schwerpunktthemen sind Bildung, Migration und Antirassismus.

Maxi

Ich bin Maxi, 20 Jahre alt von der Basisgruppe Göttingen. Zu meinen Lieblingsthemen gehören kritischer Konsum, Umwelt- & Tierschutz und Genderfragen. Im Lavo möchte ich mich für die Basisseminare, die Vernetzung unter den Basisgruppen und die Frauen- und Gendertreffen einsetzen.

Julian

Hallo, seit der letzten LMV bin ich als Beisitzer im LaVo und freue mich schon sehr auf die Arbeit, die auf mich zu kommt. Ich möchte mich für die Vernetzung und Einbindung der Ortsgruppen einsetzen und hoffe, dass wir im Sommer viele gemeinsame Aktionen machen können. Meine politischen Schwerpunkte sind Geschlechterfragen und der Kampf gegen alltäglichen Rassismus.

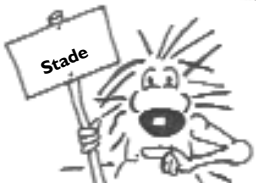
Wenn ihr Fragen habt, euch wünscht, dass wir zu Besuch kommen, Kritik oder Ideen loswerden wollt, meldet euch bei uns.

Bis bald, euer LaVo

Basisgruppenticker

Wie in jeder Ausgabe präsentiert euch der IGEL an dieser Stelle jung-grüne Aktivitäten vor Ort. Wenn ihr euren Ort nicht findet, dann werdet selber aktiv und gründet eigene eigene GJ-Basisgruppe. Ihr seid aktiv und trotzdem nicht im IGEL? Dann sagt uns Bescheid!

Leider hat sich die Grüne Jugend Emden-Leer-Papenburg immer mehr und mehr aufgelöst, so dass aktuell kein einziges Mitglied mehr vor Ort aktiv ist.
Wir unterstützen die Neugründung einer Ortsgruppe, wohnen jedoch alle inzwischen überall in Deutschland verteilt und können es nicht selber machen. Wenn jmd. Interesse hat in Ostfriesland (außer Aurich) wieder eine Gruppe zu starten, würden wir uns freuen.
Ehemaligen-Kontakt:
katja.weiden@yahoo.de



In den letzten Wochen haben wir uns insbesondere mit der Anti-Atom-Menschenkette beschäftigt. Auf die Straße des ehemaliges AKW-Standortes Stade brachten wir bei der Probekette immerhin 60 Menschen. Doch das ist noch nicht alles! Aktuell planen wir eine Info-Veranstaltung zum Themen Zwangsdienste. Außerdem planen wir den Widerstand gegen eine Tierversuchsanstalt im Landkreis und wollen uns demnächst intensiver der Verkehrspolitik widmen.

Die GJ Bremen ist das grüne Gewissen der Hansestadt und wird neben BremerInnen auch von Grünen aus der niedersächsischen Umgebung besucht.
In den letzten Monaten waren unsere Aktivitäten vor allem auf den Kampf gegen die Atomkraft fokussiert, sodass man uns nicht nur mit Fässern und biologisch abbaubaren Luftballons auf dem Bremer Marktplatz stehend, sondern auch bei der Anti-Atomkraftkette am Elbdeich anterffen konnte.

Hallo!
Die Grüne Jugend Grafschaft Bentheim ist zur Zeit dabei den Themenblock "Abschiebung" zu beenden. Veranstaltet haben wir dazu einen Infostand und geplant ist noch eine Aktion in der Ausländerbehörde.

Parallel planen wir schon die nächste Aktion: eine Podiumsdiskussion zur Legalisierung und zusätzlich einen Infostand in der nordhorner Innenstadt.

Außerdem haben wir eine neue Schatzmeisterin gewählt:
Glückwunsch Gerke Zager!

Hallo alle zusammen,

wir, die Grüne Jugend aus der Stadt des ehemaligen Deutschen Fußballmeisters arbeiten gerade an einem Gesamtkonzept für ein Fußballturnier gegen Rechts, wo wir dann, wenn es soweit ist auch andere Ortsgruppen einladen werden. Des Weiteren wird unsere Stadt Wolfsburg am 08. Juni Fairtrade-Stadt, somit haben wir die Initiative ergriffen als einzige Jugendgruppe daran mitzuwirken.
Unsere vergangenen Aktivitäten haben irgendwie immer für Aufregung gesorgt, sei es das Steuergeschenke verteilen oder das Kennenlernen sämtlicher deutscher Sicherheitsaperrate im Rahmen des „Castortransports im ÖPNV“. Natürlich waren wir auch bei der Menschenkette dabei und haben auf dem Deich bei Brokdorf zum Gelingen beigetragen.
Zu unserer Gruppenstruktur lässt sich sagen, dass wir auf 15 aktive Mitglieder angewachsen sind, doch mit einem Altersschnitt von ca. 16 Jahren immer noch eine der jüngsten Ortsgruppen sind. Das mag wohl auch daran liegen, dass Wolfsburg eher für die Arbeit bekannt ist und nicht für das Studieren ;).

Viele Grüße aus der Stadt mit der höchsten Autodichte Deutschlands (0,94) !

Die GJ Wob

Die GRÜNE JUGEND Braunschweig konnte Ende April ihr einjähriges Bestehen feiern und ist weiterhin sehr aktiv. Wir waren in den letzten Monaten mit vielen Aktionen in der Innenstadt präsent um auf verschiedene Themen aufmerksam zu machen. Wir haben einen „Trauermarsch“ zum Gedenken an den Querumer Forst veranstaltet, um gegen die Rodung einer großen Fläche zu Gunsten einer Landebahnverlängerung des Braunschweiger Flughafens zu protestieren.
Es folgte eine Aktion zum Thema Gleichberechtigung und Gender, bei der die Männer in stereotypische Frauenrollen schlüpften und umgekehrt.
Mehrmals verteilten wir in der Innenstadt essbare Atomkraftwerke aus Keksen und Schokoküssen zur Mobilisierung für die Anti-Atom-Menschenkette. Auf diese Weise wurden mehrere Hundert AKWs friedlich und gerne vernichtet. Selbstverständlich fuhr auch von uns eine Gruppe zur Menschenkette, die durch gute Laune und musikalischen Einsatz viel Stimmung vor Ort machte. Mit einem spontanen „Die-in“ vor dem e.on-Stand beim AKW Brokdorf schafften wir es sogar auf die Titelseite der „WELT kompakt“.

Weil in unseren wöchentlichen Treffen das Organisatorische überwog, haben wir versucht mehr inhaltlich zu arbeiten und werden diesen Prozess durch die Einladung von Expert_innen weiterführen. Wir wollen uns auf diese Weise einmal pro Monat durch Vorträge und Diskussionen auf unterschiedlichen Gebieten weiterbilden.

Erst vor etwa 2 Monaten (Anfang März) fand unsere offizielle Gründung statt.
Noch am selben Tag machten wir mit einer Minidemo gegen Atomkraft in der Osnabrücker Innenstadt auf uns aufmerksam. Von anfangs noch einstelligen Mitgliederzahlen, sind wir nun immerhin schon – wenn denn mal alle da wären – auf 10 - 15 Personen gewachsen.
Das Thema Atomkraft war auch nach unserer Gründung noch vorherrschend, zuerst beteiligten wir uns an einer „MiniMenschenkette“ in Osnabrück und dann am 24. natürlich an der „richtigen“ Menschenkette. Nun beschäftigen wir uns gerade mit einigen regionalen Themen.

Außerdem haben wir es endlich geschafft eine Homepage einzurichten, die ihr unter folgendem Link finden könnt: www.gruenejugendos.de

KATJA WEIDEN

Konfliktfelder in der Grünen Jugend

Wie konfliktfrei und basisdemokratisch leben wir eigentlich in unserem Verband?

Als ich zur Grünen Jugend kam und das erste Mal auf eine LMV fuhr, hatte ich schnell den Eindruck, eigentlich nicht wirklich etwas zu sagen zu haben. Die Leute die kandidierten kannte ich nicht ,genauso waren mir die Inhalte der Anträge teilweise neu. Selbst wenn ich eigentlich etwas wusste und hätte mitdiskutieren können, habe ich mich doch nicht getraut etwas zu sagen, immerhin war ich neu und wusste ja noch nicht wirklich wie alles läuft.

Neue Mitglieder sind in der ersten Zeit meist erst damit beschäftigt, herauszufinden, wie mensch sich verhalten muss oder sollte und was es für ungeschriebene und geschriebene Spielregeln gibt.

Wenn mensch neu ist, wird mensch zwar aufgefordert sich einzubringen und seine Meinung zu sagen, aber es ist auch recht schnell klar, dass einige „gleicher“ sind als andere.

In der Grünen Jugend sind Hierarchien sehr verpönt, und wir haben einen großen Anspruch an basisdemokratisches Handeln und Arbeiten. Wenn sich jemand offen gegen Basisdemokratie stellt, gerät der- oder diejenige in die Kritik. Daher haben sich bei uns verdeckte Formen der „Herrschaft“ etabliert, um Menschen zielgerichtet zu beeinflussen. Im Bundesverband gibt es einen Aktivenkreis von ca. 80 Personen, der aus ehemaligen und jetzigen BuVos, LaVos und Fafo-KoordinatorInnen besteht, sowie einigen weiteren Personen. In den Landesverbände gibt es ähnliche Strukturen. Diese Kreise geben vor, was und wie etwas in der nächsten Zeit inhaltlich und strukturell passieren soll. Das Problem ist hierbei nicht, das es aktive Leute gibt, die Lust haben, inhaltliche Debatten anzustoßen oder darauf bedacht sind, Strukturen zu verändern oder aufzubrechen, sondern die Mittel.

Dominanz und Mackerei

Dominanz bedeutet die Ausübung von Macht durch die eigene Überlegenheit, also z.B. durch Rhetorik. Zudem gehört dazu auch dominante Redeverhalten oder die unauffällige Dominanz durch Einfluss auf Vorbereitung und Ablauf eines Treffens z.B. durch Auswahl eines Präsidiums oder einer Moderation. Leider gibt es auch in der Grünen Jugend solche Tendenzen, z.B. die bewusste Auswahl eines Präsidiums, das dieses oder jenes unterstützt, oder das dominante Redeverhalten einiger Personen bei bestimmten Anträgen, so dass die Äußerung von Bauchschmerzen oder Kritik schwierig wird. Selten, aber manchmal geht bei einigen Mitglieder der Grünen Jugend das dominante Redeverhalten in Mackerei über, wodurch auf diffamierende Art und Weise Dominanz ausgeübt wird. So wird in einer Diskussion zu einem bestimmten Thema bewusst dazwischen gepöbelt, Redebeiträge werden unterbrochen oder Unruhe erzeugt, damit die sprechende Person ins Schwanken gerät. Natürlich wird so etwas in der Grünen Jugend kritisch reflektiert und versucht zu unterbinden, trotzdem habe ich persönlich schon so einige Vorfälle erlebt.

Ein weiteres Problem ist das der systematisch ungleichen Kontakte. So hat die Person, die mehr Menschen aus anderen Landesverbänden, Ortsgruppen usw. kennt einen Vorteil und kann besser handeln und beeinflussen. Dazu kommt der wie ein Sachzwang daherkommender Erfahrungsschatz. Sätze wie : „Das ist schon Beschlusslage seit xy!“ oder „Das haben wir schon etliche Male diskutiert!“ kennt bestimmt jedeR, vielleicht auch aus dem eigenen Mund. Wenn es formale Positionen zu besetzten gilt, sind diese Personen meist die ersten, die sich bereit erklären für z.B. Moderation. Auf der LMV hat mich jemand aus der Grünen Jugend Ortgruppe Göttingen gefragt, wie denn geklärt wird, wer fürs Präsidium vorgeschlagen wird und wie mensch denn daran partizipieren kann,

wenn z.B. eine Tagesordnung für ein Seminar erstellt wird. Ich war recht überrumpelt und erzählte etwas von Erfahrung und so weiter. Letztlich hat aber auch so etwas mit kontinuierlicher Dominanz in Entscheidungsvorgängen zu tun.

Lebensstil

Ich würde gerne noch ein weiteres Thema ansprechen, nämlich das des vorgeschriebenen Lebensstils. In meinem Stuhlkreis bei den Lavo-Wahlen auf der LMV gab es in etwa die Frage: „Wie setzt du die Ideale und Werte der GJ in deinem Leben um?". Ich fand und finde die Frage sehr gut und wichtig, aber sie benennt ja schon den strittigen Punkt. Was ist, wenn ich Fleisch gerne essen, auf dem LMV mal bei McDonalds vorbeischauen möchte, meine Coca-Cola trinke oder zu viel Auto fahre? Eine andere Frage, die es schon öfter gab, lautet: „ Was ist deine größte Ökosünde?".Ich denke dann immer, ja ich habe auch meine Ökosünden. Erst letztes Wochenende bin ich zum Fußball viel zu schnell mit dem Auto gefahren und bekam gleich Kritik von alles Seiten. Es ging nicht um Zeitersparnis, sondern nur darum, dass ich ökogesündigt habe.

Ich habe immer das Gefühl, wenn ich ökogesündigt habe, im Beisein von Grüne Jugend Leuten schwebt immer automatisch über mir eine schwarze,böse Gewitterwolke oder so etwas ähnliches.

Denn wir neigen immer sehr stark dazu uns gegenseitig unseren Lebensstil vorzuschreiben. Mensch könnte Neumitgliedern quasi am Anfang eine Liste in die Hand drücken, mit Dingen, wie mensch zu konsumieren und zu leben hat. Angefangen mit: „Du darfst kein Fleisch essen!" bis hin zu „Du sollst Ökostrom beziehen!" Es hat irgendwie etwas von den Zehn Geboten manchmal.

Aber es gibt auch Menschen, die sich dagegen wehren und teilweise sich zusammengeschlossen haben zu Gruppen. So fährt die GJ Hamburg zu Bundeskongressen mit einem großen Fresspaket an Milch- und Fleischprodukten und andere schleichen sich heimlich bei einer LMV davon, um dann doch noch den Döner zu essen. Ich gehöre auch mal zu den einen und mal zu den anderen, z.B. wenn ich wieder Auto fahre. Wichtig ist, dass wir dort uns selbst reflektieren und gucken, dass wir nicht zu sehr Dinge vorschreiben und vorgeben. Wir sollten jedem/jeder die Entscheidung selbst überlassen und nicht, wenn jemand Fleisch isst, leise rufen „Iss mich nicht!".

Perspektiven

Was passiert, wenn jemand nicht in unser Schema passt? Wenn eine Person zum Beispiel von der Jungen Union ist? Meine Erfahrungen zeigen sehr davon, dass wir von vornherein recht abwertend diesen Menschen gegenübertreten. Wir sollten offener und unvoreingenommener miteinander umgehen. Ich denke, auf der letzten LMV wurde ein Schritt in die richtige Richtung gemacht.

Und wir sollten die Menschen das Essen lassen, was sie wollen. Klar ist, das wir uns vegan verpflegen, doch sollte gegenüber Menschen, die gerne Fleisch essen Toleranz geübt werden. Letztlich werden die meisten ja doch irgendwann VegetarierInnen oder VeganerInnen. Es braucht nur seine Zeit und weniger Druck.

Bei den Konfliktfeldern Dominanz und Mackerei haben wir noch einiges zu tun, ich nehme mich da nicht bei raus. Ich kritisiere hierbei ja nicht, dass es aktive Leute gibt, die Dinge einbringen, ich kritisiere nur die Art und Weise, wie dies meist geschieht. Eine erste Möglichkeit wäre neue Leute prinzipiell erstmal nach ihrer Meinung zu fragen oder Experimentierfelder zu schaffen für sie. Vielleicht kann ja beim nächsten Basisseminar erst einmal per Mail gefragt werden, wer Lust hat vorzubereiten, und dann kann mit Unterstützung einer Person z.B. aus dem LaVo eine Tagesordnung erstellt werden und ReferentInnen angefragt werden.

KATJA IST 21 UND ORTGRUPPENLOS, ABER MACHT SICH OFT GENUG DOMINANT UND LAUTSTARK BEMERKBAR.

Carolin Müller

Dschihadismus

Die Gewaltideologie der islamistischen Terroristen

Berichte über islamistische Terrorist_innen und den Kampf gegen sie sind in den Medien an der Tagesordnung. Doch um wirklich einschätzen zu können, was sie so gefährlich macht und warum der Anti-Terror-Kampf der USA denn nun der falsche Weg ist, ist nötig, sich ihre Grundideologie mal genauer anzugucken.

Der Dschihadismus hat seine Wurzeln und Inspirationsquellen in der fundamentalistischen Bewegung des Islamismus und leitet sich von dem Begriff Dschihad ab. Und genau wie der Islamismus nicht mit der Weltreligion Islam gleichgesetzt werden darf, hat der Dschihad an sich eine andere Bedeutung als die, für die ihn die Dschihadist_innen zur Legitimierung ihrer Gewalt missbraucht haben.

Der Glaubensbegriff des Dschihad kann auch nicht, wie häufig fälschlicherweise behauptet, mit „Heiliger Krieg“ übersetzt werden. Vielmehr bedeutet er „Bemühung, Anstrengung, Streben“. Dabei wird noch zwischen dem „großen Dschihad“, der die individuelle Anstrengung im Glauben bezeichnet, und dem „kleinen Dschihad“ unterschieden. Dieser steht für die gemeinsame Anstrengung zur Verteidigung des eigenen Glaubens. Die Dschihadist_innen gehen davon aus, dass für diese Verteidigung Gewalt erforderlich ist.

Das Fundament der heutigen Gewaltideologie legte der ägyptische Grundschullehrer Sayyid Qutb mit seinen Schriften in den 1920er Jahren. Darin stellt er sich, wie einige andere bereits zuvor, die Frage nach dem Grund für die zunehmende westliche Überlegenheit seit dem Mittelalter und dem soziökonomischen und politischen „Niedergang“ der muslimischen Welt. Die Antwort sah er darin, dass durch die Übernahme westlicher Werte die muslimische Welt ihre religiöse Orientierung und somit auch jegliche Entwicklungschancen verloren habe.

Nach Qutbs Hinrichtung in Ägypten 1966 setzte und entwickelte unter anderem Scheich Abdullah Azzam (1941-1989) dessen Ideologie fort. Er besetzte später zusammen mit einem Bruder Qutbs an einer Universität in Saudi-Arabien Lehrstühle und beide wurden zu Mentoren und Vorbildern für Osama bin Laden und einige seiner Studienkollegen.

Durch etliche Weiterentwicklungen und Verfeinerungen hat sich ein seit den 1980er Jahren gültiges Universalmodell des Dschihad gebildet, das „3-2-1-Modell“.

Danach gibt es 3 Feinde: „Die Kreuzfahrer“ (westliche Staaten), „die Juden“ (der Staat Israel) und „die Handlanger“ (die muslimischen Regierungen, die Erfüllungsgehilfen westlicher Unterdrückung seien), denen sie 2 Angriffsarten unterstellen: Zum einen den „physischen Angriff“, bei dem Länder mit Soldaten besetzt und ihre Bevölkerung unterdrückt würde, zum anderen den „psychischen Angriff“, die Übertragung westlicher Verhaltensmuster und Werte zur Unterdrückung der heimischen Kultur. Als Verteidigung davor sei eine gemeinsame Anstrengung (Dschihad) nötig: Der Kampf in den besetzten Regionen sowie die immer häufiger angewendete „Nadelstichtaktik“, Anschläge im Herzen der Feinde.

Für diese Aufgabe soll eine dschihadistische Elite in Form von freiwilligen Kämpfern aus der gesamten muslimischen Welt zusammengeführt werden, die Mudschahiddin.

Das Ziel des Dschihad-Kampfes ist eine neue, fundamentalistische Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Vorbilder dafür sind die Ordnung zu Zeiten des Propheten Mohammed sowie in der heutigen Zeit das Regime der Taliban in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre.

Carolin Müller (19) macht gerade ihr Abitur in Braunschweig und wird danach wahrscheinlich Sozialwissenschaften studieren.

Yara Behrens & Carolin Neumann

Gestrandet an den Küsten Europas

Teilt mensch unseren Globus in Entwicklungsstaaten und Industriestaaten (ungefährer Anteil der Industriestaaten: 71%) , fällt mit Deutlichkeit die Nord-Süd-Teilung ins Auge (Beispiel: Norden= Europa, Süden= Afrika). Uns ist bewusst, dass es nicht zwangsläufig die geographische Beschaffenheit entscheidend ist. Vielmehr spielen die wirtschaftliche Entwicklung und der Prozess der Staatenbildung eine Rolle. Trotzdem bleiben wir bei diesem Schema und beschreiben:

Der Norden ist reich, der Süden ist arm.

Dieses Phänomen beschäftigte uns: Vom weltweitem Bruttoinlandsprodukts (kurz BIP) aus dem Jahr 2007 (54.274 Mrd. US-Dollar) verfügen allein Deutschland, Japan, USA, Großbritannien und Frankreich zusammen etwa 50% dieser Summe - ganz schön viel Geld. Der riesige Kontinent Afrika bringt es allerdings nur 2,5%. Dabei leben etwa 4/5 der Menschen in den 29% Entwicklungsländern der Erde. Die Armut hat auch eine verkürzende Wirkung auf die Lebenserwartung. Ein kleiner Vergleich: Europa: 76 Jahre (Männer), 82 Jahre (Frauen) in Somalia bringen es die Menschen hingegen nur auf 46 Jahre (Männer) bzw. 49 Jahre (Frauen).

Verschwenderisch gehen die Industriestaaten vor allem mit ihren Ressourcen um. Ein Beispiel dafür ist Wasser. Ein lebenserhaltendes und lebenswichtiges Gut für das Menschen im Süden im Verhältnis zu der Höhe ihres Einkommen ein Vermögen bezahlen müssen, während es in der sog. „Zivilisation“ zur Kühlung fragwürdiger Großkraftwerke verschwendet wird. Das zeigt wie billig es hier wiederrum ist.

Und im Süden, wo das Wasser knapp ist, laufen Frauen Kilometer weit für ein paar Eimer voll verseuchtem oder schmutzigem Trinkwasser. Wir wollen die Globalisierung mal beiseite lassen. Betrachten wir mal die Flüchtlingspolitik. Das vermeintlich schöne "Leben im Überfluss“, vor gelebt von uns Europäer_innen, ist das Ziel von vielen Menschen (z.B. aus Africa), die auf überfüllten Booten Richtung Europa segeln. Im Jahr versuchen viele - häufig junge - Menschen ihr Glück. Sie sind bereit für ein paar Euro zu arbeiten um so der großen Armut in der Heimat zu entkommen. Weit kommen sie jedoch nicht. An den Toren Europas stehen die breitschultrigen Bodyguards, der wohl fragwürdigsten Agentur Europas, Frontex (Hauptsitz in Warschau).

Ein plötzliches Leck im Boot einer Flüchtlingsgruppe weit draußen auf dem Mittelmeer, fernab der 12-Seemeilen-Zone, an der europäisches Staatsgebiet beginnt, kommt leider zu häufig vor. Wie viele Menschen Schiffbruch erleiden, dank Frontex, ist nicht nachzuweisen. Frontex präsentiert sich in seiner Selbstdarstellung im Internet : als eine Agentur, die "die operative Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen...durchführt."

(siehe:http://europa.eu/agencies/community_agencies/frontex/index_de.htm)

Eine Aussage, die so harmlos klingt wie ihr Name. Im Pro-Asyl Kalender für das Jahr 2010 beschreibt Dankwart von Loeper das Ziel von Frontex: „Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit von Frontex ist die Erforschung von Mirgrationsrouten, immer mit dem Ziel einer effektiven Zerschlagung“. Scheinbar erfolgreich: 9.383 Menschen -so die offiziellen Zahlen - starben von 1988 bis April 2009 bei dem Versuch auf das europäische Festland zu kommen.

Deutschland ist hierbei allerdings kaum betroffen, das liegt insbesondere an der Drittstaatenregelung. Laut der Regelung, die 1993 in Deutschland eingeführt wurde, angesichts der damals hohen Asylbewerber_Innenzahlen (ca. 400.000 Menschen pro Jahr), ist es Menschen, die Asyl in der Bundesrepublik Deutschland suchen, die aber über fremde Länder einreisen, in denen keine politische Verfolgung stattfindet, nicht mehr möglich als Asylberechtigte anerkannt zu werden.

Mal ehrlich, welche/r Afrikaner_in steigt in ein Flugzeug um in Deutschland dann Asyl zu beantragen? Das ist völlig unrealistisch! Die meisten kommen, zu ihrem Pech wie es scheint, über die Grenzen eines umliegenden Landes (d.h. ein Land der EU) und landen hier in Asylheimen, in denen sie unter unwürdigen Bedingungen leben (Beispiel: eine ganze Familie in einem Raum). Die Migration, also die Flüchtlingsbewegungen, sind eine direkte Folge des Nord-Süd-Konfliktes und werden sich nicht durch die Abschottung reicher Länder bessern. Die Beziehung von Norden und Süden kann eskalieren. Konflikte von Reichtum und Armut sind jetzt schon zu sehen, aber die Wut der Entwicklungsländer wird immer weiter provoziert. Wann wird sich die Lage in den Entwicklungsländer verbessert? Wann wird nicht mehr ausgebeutet? Wann sind wir bereit unseren Reichtum zu teilen?

Wir haben viele Fragen. Und Antworten keine.

Carolin (16) ist seit Februar 2008 in der grünen Jugend und seit Herbst 2009 Veganerin (und welch Wunder noch nicht gestorben!!!). Da dies ihr erster Artikel für den Igel ist, bittet sie um Nachsicht.

Yara (18) ist Schülerin aus Stade, mit Viel Interesse an Asylpolitik

Henrik Steinert

Tibet - ein vergessener Konflikt?

Tibet, das ist das sagenumwobene Land nördlich des Himalaya. Verbunden werden mit ihm neben den hohen Bergen vor allem der Tibetische Buddhismus und die Person des Dalai Lama. Dabei wird häufig außer Acht gelassen, dass Tibet heute ein besetztes Land ist, dessen einzigartige Natur und Kultur ernsthaft unter der Gefahr einer Auslöschung stehen. Der Konflikt mit der Volksrepublik China ist zwar historisch noch sehr jung, seine Wurzeln führen aber tief in die Vergangenheit zurück und sind wichtig, um sein Ausmaß zu verstehen.

Die Geschichte des Tibet-Konflikts

1720 wurde Tibet Teil des chinesischen Manschu-Reiches (Qing-Dynastie). Der Kaiser in Peking gewährte den Tibetern jedoch weitreichende Autonomie, sodass die tibetische Innenpolitik weiterhin vom Dalai Lama, geistliches und weltliches Oberhaupt der Tibeter, geführt wurde. Dieser Status war für beide Seiten vorteilhaft und förderte den kulturellen Austausch. Erst mit der Chinesischen Revolution 1911 und dem Ausruf der Republik 1912 änderte sich die Situation. Der 13. Dalai Lama erklärte Tibet zum unabhängigen Staat, sah es aber nicht für nötig an, das vertraglich bestätigen zu lassen und lehnte nach dem ersten Weltkrieg die Aufnahme Tibets in den Völkerbund ab. China war zwar gegen die Unabhängigkeit, hatte aber mit inneren Konflikten zu tun und war nicht stark genug, Tibet wieder einzugliedern. So gelang es dem Dalai Lama sogar gegen den Willen der Briten und Chinesen, die Neutralität Tibets im 2. Weltkrieg zu wahren.

Kurz nach dem Ausruf der Volksrepublik China durch Mao Tse-tung 1949 begann auch der Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee nach Tibet. Bis 1951 gelang es ihr, die tibetische Hauptstadt Lhasa unter ihre Kontrolle zu bringen und Tibet „Heim ins chinesische Mutterland zu holen“. Die Führung in Peking versprach, die innere Autonomie nicht anzutasten und auch der 1950 frühzeitig inthronisierte 14. Dalai Lama Tenzin Gyatso versuchte sich durch seinen Besuch bei Mao mit der Lage zu engagieren. Mao begegnete dem aber durch seine berühmten Worte „Religion ist Gift“.

Mitte der 50er Jahre verschlechterte sich die Lage zusehends. Die verstärkte Ansiedlung chinesischer Soldaten in Tibet führte den TibeterInnen deutlich die Besetzung ihres Landes vor Augen. Die Nahrungsmittelversorgung der Militärs ließ die Getreidepreise ins Unermessliche steigen. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Volksbefreiungsarmee und tibetischer Guerilla, die auch vom CIA unterstützt wurde. Am 10. März 1959 versammelte sich die Bevölkerung Lhasas vor dem Sommerpalast des Dalai Lama (Norbulingka), da sie seine Entführung fürchtete. Um die Eskalation zu verhindern floh er wenige Tage später ins Exil nach Nordindien und baute wenige Jahre später mit Unterstützung des indischen Präsidenten Nehru eine Exilregierung in Dharamsala auf, die jedoch von keinem Staat der Welt offiziell anerkannt wird.

In Tibet selbst verschlechterte sich die Lage rapide. Während der „Proletarischen Kulturrevolution“ von 1966-1976 wurden in Tibet nahezu alle Klöster und andere kulturelle Einrichtungen geplündert, Bücher verbrannt, die Mönche und Nonnen ermordet. Alle TibeterInnen mussten an staatlichen Umerziehungsmaßnahmen teilnehmen und viele starben daraufhin in “Umerziehungslagern”. Auch die Agrarpolitik der Volksrepublik, in Tibet anstatt Gerste Weizen anzubauen, forderte zahlreiche Todesopfer. Die Kulturrevolution war jedoch nicht auf Tibet beschränkt, sondern forderte in ganz China Opfer im zweistelligen Millionenbereich. Nach Maos Tod 1976 kam es zu einer Liberalisierung der Wirtschaft und die Kulturrevolution wurde beendet. Natürlich war das auch in Tibet spürbar, die Probleme blieben jedoch bestehen. Trotz der Gesamtverbesserung der Lage kam es 1987 nach Hinrichtungen zu schweren Unruhen in Tibet, die bis 1989 immer

wieder aufflammten. Noch im gleichen Jahr wurde das Kriegsrecht ausgerufen. Der Dalai Lama hatte kurz zuvor seinen 5-Punkte Friedensplan vorgelegt und auf eine Unabhängigkeit verzichtet. Schon 1986 war das Thema Tibet durch eine Anfrage der Grünen Abgeordneten Petra Kelly zum ersten mal im Bundestag debattiert worden. Wirklich geändert hat sich die Situation Tibets allerdings nicht, So kam es kurz vor den Olympischen Spielen 2008 in Peking in Tibet wieder zu Unruhen. Die Reaktion Pekings, in Lhasa das Kriegsrecht auszurufen, zeigte einmal wieder das Gewalt als einzige Lösung angesehen wird.

Die tibetische Sichtweise

Die tibetische Exilregierung in Dharamsala, geführt vom Dalai Lama, aber auch die Mehrheit der TiberterInnen im Exil verurteilen den Einmarsch der Volksbefreiungsarmee 1950 als klaren Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes. Tibet sei, trotz der durchaus vorhandenen chinesischen Herrschaft spätestens seit 1912 ein unabhängiger Staat gewesen. Das 17-Punkte-Abkommen, das die tibetische Regierung 1951 unterschrieben hat und damit die Souveränität Tibets an China übergab, sehen die TibeterInnen als ungültig an, weil weder die darin zugesicherten Autonomierechte von China gewahrt wurden, noch das Abkommen freiwillig, sondern unter Androhung von Gewalt, unterschrieben worden ist.

Der Dalai Lama hatte dagegen mit seinem Fünf-Punkte-Friedensplan 1989 versucht, die Unabhängigkeit zugunsten eines Mittelweges aufzugeben:

1.Umwandlung von ganz Tibet, einschließlich der östlichen Provinzen Kham und Amdo, in eine Zone der Gewaltlosigkeit

2.Aufgabe der chinesischen Politik der Bevölkerungsumsiedlungen

3.Achtung der Menschenrechte und demokratischen Freiheiten des tibetischen Volkes

4.Wiederherstellung und Schutz der Umwelt Tibets

5.Aufnahme ernsthafter Verhandlungen über den künftigen Status Tibets sowie Beziehungen zwischen dem tibetischen und dem chinesischen Volk

Die chinesische Sichtweise

Die Regierung der Volksrepublik China sieht Tibet als unabtrennbaren Bestandteil Chinas an. Tibet sei von 1912-1950 kein unabhängiger Staat gewesen, vielmehr hielt Großbritannien, das im damaligen Tibet militärisch aktiv war, den chinesischen Staat davon ab, seine legitime staatliche Gewalt auf tibetischem Territorium auszuüben. Die chinesische Regierung sieht das 17-Punkte-Abkommen als Zurückkommen zum normalen Zustand an und betont die TibeterInnen vom Joch des mittelalterlichen Staat des Dalai Lama befreit zu haben. Den 17-Punkte-Plan lehnt sie ab, da der Dalai Lama sich nicht ausdrücklich gegen die Unabhängigkeit Tibet ausgesprochen haben soll. Außerdem betrifft Tibet nur die Autonome Region Tibet, nicht jedoch die östlichen Provinzen Amdo und Kham, die zwar von 1912 bis 1950 von China regiert wurden, aber kulturell tibetisch geprägt sind.

Lösungsvorschläge

Es ist schwierig, den Tibet-Konflikt in seiner Vielschichtigkeit zu durchdringen, allein schon, was die Grenzen des Landes angeht. Klar ist jedoch, dass eine Lösung in der Volksrepublik China an sich gefunden werden muss. Menschenrechte, demokratische Freiheiten und den Schutz der Umwelt sind Punkte, die der Dalai Lama zurecht fordert, allerdings sollten diese ja genauso für die nicht-tibetische Bevölkerung der Volksrepublik gelten. Auch die Bedrohung der TibeterInnen durch massenhafte Besiedlung von Chinesen ist ein essentieller Punkt, den der Dalai Lama sogar als wichtigsten herausgestellt hat. Viele andere Minderheiten Chinas, wie unter anderem die Uigu-

ren, stehen jedoch vor dem gleichen Problem, sodass die chinesische Minderheitenpolitik an sich überdacht werden muss, um auch das Tibet-Problem zu lösen.

Es zeigt sich jedoch deutlich, dass die chinesische Seite derzeit nicht an einer Lösung interessiert ist. Jede internationale Anfrage wird von China als Einmischung in innere Angelegenheiten wahrgenommen. Die Behauptung liegt nahe, China spiele auf Zeit, bis der Dalai Lama gestorben ist, wobei dabei vergessen wird, dass das Tibet-Problem kein Konflikt des Dalai Lama, sondern das Überleben der TibeterInnen als Volk kultureller Identität darstellt. Selbst wenn die Frage nach der Unabhängigkeit Tibets nicht rechtlich beantwortet werden kann, sollte sie hier ausgeklammert werden, da eine Autonomie Tibets innerhalb der Volksrepublik Chinas momentan die einzige denkbare Lösung für beide Seiten darstellen könnte. Der Dalai Lama hat den Weg dahin bereits eingeschlagen; nun ist die chinesische Regierung gefragt, die auch von internationaler Seite unermüdlich zu einem Bewegen in der Tibet-Sache gedrängt werden sollte.

HENRIK STEINERT IST SEIT NOVEMBER 2009 GRÜNE JUGEND BREMEN MITGLIED UND SEIT ANFANG DES JAHRES IGEL-REDAKTEUR. ER INTERESSIERT SICH VOR ALLEM FÜR MENSCHENRECHTE UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG. ALS 19-JÄHRIGER SCHÜLER DES GYMNASIUMS AN DER HAMBURGER STRAßE IST ER GERADE IN DER ABITURVORBEREITUNG.

PATRICK HAASE

Südafrika

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit im Wandel der Zeiten

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit verstecken sich in den Grundeigenschaften von Menschen, wenn gleich sie als pervertiertes Ergebnis der Psyche bezeichnet werden müssen. Ihre thematische Bedeutung und Bekämpfung ist für die Grüne Jugend mehr als für andere Jugendorganisationen ein Anliegen.

Vor allem Südafrika ist eines der Länder in dem die Sicherheit durch die rassismusbelastete Vorgeschichte bedroht wird. Im Online-Fokus vom 04.04.10 liest man die aktuelle Schlagzeile vom Kap der guten Hoffnung („Mord an Rechtsextremen wühlt auf“) und fragt sich, wie es zu solch irrealen Situationen in Südafrika kommen konnte. Es wird dort behauptet, dass der brutale Mord an dem Rechtsextremisten Eugene Terreblanche erneut einen bleibenden Eindruck auf die Menschen der „Regenbogen-Nation“ hatte.

Zunächst sollte man eines wissen: Afrikanische Länder sind nicht für ihre stabilen Demokratieelemente und ihre tadellose Sicherheitslage bekannt. Eher typische Assoziationen mit Afrika sind Krisenherde, Bürgerkriege, hohe Kriminalität und Korruption. Leider ist dieser Ruf nicht allein von unseren Medien generiert oder gar nur Übertreibung.

Derzeit herrschen in sieben afrikanischen Staaten ernsthafte Krisen und in zwei Staaten Kriege. Die geschichtliche Bilanz ist sogar noch erdrückender. Für den Zeitraum von 1945 bis 1985 fanden von den weltweit 160 gezählten Kriegen allein 48 Kriege auf den afrikanischen Kontinent statt. Südafrika selbst war z.B. von 1975 bis 1988 über das südafrikanische Protektorat (Namibia) in einen Grenzkrieg mit Angola verwickelt. Momentan herrscht in Südafrika kein Krieg; die Faktoren Kriminalität und Korruption spielen allerdings eine einflussreiche Rolle.

Als die Südafrikanische Union durch die erreichte Unabhängigkeit der südafrikanischen Einzelprovinzen (Natal, Kapkolonie, Oranje-Freistaat und Transvaal) 1910 gegründet wurde, beherrschten von Anfang an die weißen Bevölkerungsschichten das politische Geschehen. Schwarze, Kreolen und Asiaten_innen (definiert als „people of colour“ durch die „Black Panther“) erhielten weder passives noch aktives Wahlrecht. Eine mit den nationalsozialistischen „Nürnberger Gesetzen“ vergleichbare Verordnung der damaligen Zeit war das Verbot jeglichen sexuellen Kontakts zwischen den unterschiedlichen als „Rassen“ bezeichneten Bevölkerungsgruppen. Das wesentlichste „Rassentrennungsgesetz“ bleib jedoch für fast ein ganzes Jahrhundert der 1913 in Kraft tretende „Natives Land Act“. In der Folge durften „people of colour“ nur noch in den ihnen zugewiesenen Reservaten Land erwerben. Die „Homelands“ umfassten rund 7,3% des südafrikanischen Territoriums, wobei die Schwarze Bevölkerung während der Apartheid auf einen Bevölkerungsanteil von etwas mehr als 70% anwuchs.

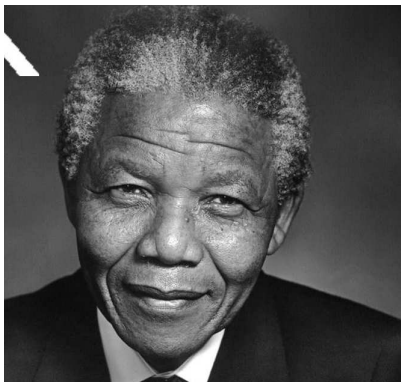
Erst nach 80 Jahren sollte sich die Situation in Südafrika erneut drastisch ändern.

Damals begannen Verhandlungen mit dem inhaftierten Freiheitskämpfer Mandela, der mit dem ANC (African National Congress) blutige Aktionen gegen die Diskriminierung von „people of colour“ im südlichen Afrika bestritten hatte. Der zu dieser Zeit amtierende Präsident, De Klerk, ließ Mandela aufgrund des steigenden ausländischen Drucks zusammen mit den übrigen politischen Gefangenen im Jahre 1990 frei. Die Widerstandsparteien ANC und PAC (Pan African Congress) wurden wieder legalisiert. Dies leitete zunächst eine Phase der ethnischen Versöhnung ein, die in der südafrikanischen Verfassung von 1994 gipfelte.

Mandela gelang es, als erster Schwarzer Präsident Südafrikas in den Anfangsjahren der Veränderung ab 1994, eine friedliche und tolerante Haltung bei den meisten Bürger_innen des Landes zu erreichen. Seine Politik basierte auf den psychologischen Grundlagen einer multikulturellen Gesellschaft (Toleranz, Weltoffenheit usw.). Aufgrund dieser menschlichen Haltung wurde er mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Ihm folgten die Präsidenten Thabo Mbeki und der derzeitig amtierende Präsident Jacob Zuma. Beide gehören ebenfalls dem ANC an, doch durch sie gewannen maßgebliche Veränderungen (BEE1,

Landenteignungen usw.) immer mehr Anklang in südafrikanischer Politik. Mandelas anfängliche Einigungspolitik trat in den Hintergrund.

Die politisch-soziale Entwicklung durch bestimmte „begünstigende Gesetze“ ist die bekannteste dieser Veränderungen. Sie schuf eine neue Lücke zwischen Armen und Reichen, und nicht die wirtschaftliche Reintegration aller „people of colour“. Der erste Platz des Gini-Indexes (Bestimmung der Vermögensverteilung; erster Platz = ungerecht) ging im letzten Jahr an Südafrika. Hierbei ist nicht mehr eine rein weiße Elite zu beobachten, sondern eine gemischte, mit wachsendem Schwarzen Anteil. Im Katalog der Gesetze des BEE(= Black Economic Empowerment, Gesetze zur wirtschaftlichen Reintegration von “people of colour“) lautet ein Gesetz, dass in Südafrika Arbeitgeber dazu aufgefordert sind nahezu **unabhängig** von Leistung und Qualifikation der verschiedene Bewerber bevorzugt "people of colour" einzustellen. Von führenden Politikern und Politikerinnen wird diese Regelung dahingehend missbraucht, dass enge Verwandte oder Freund_innen in Ämter eingesetzt werden, ohne Qualifikationen vorzuweisen. Dabei war die Idee des Gesetzes gewesen allen "people of colour" -nach den fast 90 Jahren Ausschließung- Möglichkeiten wirtschaftlicher Reintegration zu bieten. Um dies zu erleichtern wurden zwar auch massiv Siedlungen für „people of colour“ (Mamelodi etc.) erweitert, allerdings wurde keine Bewältigung der Wissensspange und keine umfassende Infrastrukturanbindung erreicht. Es ist ebenfalls keine Integration von einwandernden Schwarzen vorgesehen gewesen. Schwarze Einwanderer_innen gelten oftmals einfach nur als illegal und besitzen kein Recht auf Asyl/Staatsbürgerschaft. Sie werden in die Kriminalität und Schwarzarbeit getrieben. Es entsteht eine nicht repräsentative „Schwarze Elite“ , die sich praktisch alles leisten kann und dies auch oft tut.



Die demokratischen Institutionen Südafrikas und die Presse sind stabil. Die Wahlen sind frei. Dennoch ist gerade dies auf Grund von Korruption und mangelnder Kompetenz bedroht. Dadurch entstand in Südafrika eine starke politische Radikalisierung Rechtsextremer. Malema, als Anführer der ANC-Jugend, und der ermordete Terreblanche sind nur zwei Beispiele für Rechtsextremisten. Terreblanche und seine Mitstreiter_innen machten zuletzt kurz vor seiner Ermordung die folgenden Aussagen: *Aktuelle „schwarze“ Politik ist schlecht. Wir fordern „weiße“ Republiken auf südafrikanischen Staatsgebiet und keine Diskriminierung von Weißen*". Mensch fordert hier etwas, dass normalerweise viele Probleme mit sich bringt (Staatsgründung) und keine Lösung von Ursachen. Nicht die Ethnienvielfalt ist verantwortlich für aktuelle Politik.

Tragischerweise haben südafrikanische Politiker_innen weißen Rechtsextremen genug Material zu Propagandazwecken geliefert. Ein Beispiel ist das Verhalten des zweiten Schwarzen Präsidenten Südafrikas, Mbeki. Dieser machte vor allem auf sich aufmerksam durch seinen fast freundschaftlichen Umgang mit dem Diktator Robert Mugabe, der wiederum dafür bekannt ist jegliche Menschenrechte zu verachten. Vor allem die systematische Ermordung politischer Gegner_innen und rechtswidrige Enteignung weißer Bauern und Bäuerinnen sind Mugabe zur Last zu legen.

Allerdings ist nicht nur die Parteienkonstellation eine Demonstration des aktuell vorherrschenden Rassismus Südafrikas. Die Tagesschau berichtet immer wieder von mordenden Mobs in den Townships von Johannesburg und Kapstadt. Ihr Hass richtet sich gegen illegale Einwanderer_innen aus den Nachbarländern. Die ortsansässigen Südafrikaner_innen werfen diesen vor, dass diese ihre Jobs stehlen. Eine Beschuldigung die wir nur zu gut in Deutschland von Rechtsextremen kennen.

Die Titelblätter südafrikanischer Zeitungen zeigten während drastischer Ausschreitungen 2008 einen brennenden Mann und einen johlenden Mob im Hintergrund. Am ersten Tag der Unruhen wurden knapp 100 Behausungen und 20 Menschen wortwörtlich niedergebrannt. Nachdem die Polizei versagte, bedurfte es einer Eindämmung der Aufständischen durch das südafrikanische Militär.

Der Mord am Rechtsextremen Terreblanche ist zusammenfassend daher tatsächlich ein Tropfen in ein Fass, das schon einmal übergelaufen ist und es jederzeit wieder könnte. Der Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit sind einer der unterschwelligen Konflikte, die spätestens seit Samuel Huntingtons Aufsatz über den „clash of civilizations“ zum Thema aktueller Sicherheitspolitik geworden sind. Mandela hat in Südafrika die Vorteile interkulturellen Austausches und kultureller Gerechtigkeit verständlich aufgezeigt, doch nur noch an wenigen Stellen des Landes herrscht heutzutage ein wirkliches Gemeinschaftsbewusstsein.

PATRICK HAASE (19) IST SEIT 2009 BEI DER GRÜNEN JUGEND UND ENGAGIERT SICH SEIT NEUESTEN AUCH IN BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNE. ER STEHT AKTIV FÜR DIE WERTE INDIVIDUALITÄT, EINIGKEIT UND AUSGEGLICHENHEIT AUF ALLEN FÜR IHN ERREICHBAREN EBENE EIN UND BEFINDET SICH GERADE IM ABITUR.

Jule Amthor

Häusliche Gewalt

Unter „häuslicher Gewalt“ versteht man im Allgemeinen die Gewaltanwendung zwischen Menschen, die in einem Haushalt zusammen leben. Also Menschen, die in Paarbeziehungen zusammen leben, aber auch Gewalt gegen Kinder, zwischen Geschwistern, Gewalt von Kindern gegenüber ihrer Eltern oder gegen ältere Menschen, die im Haushalt leben. Oft wird „häusliche Gewalt“ als „Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ definiert.

In der Regel wird zwischen körperlicher Gewalt, (Schlagen, Beißen, Würgen, mit Gegenständen werfen, usw.), psychischer Gewalt (Drohungen, Nötigung, Demütigung, emotionale Manipulation, usw.) und sexueller Gewalt (Vergewaltigung, Zwang zur Prostitution, sexuelle Nötigung) unterschieden.

Die „polizeiliche Hellfeldstatistik“ (also die Straftaten, die der Polizei bekannt sind) zeigt auf, dass die Gewalttaten fast ausschließlich von Männern an Frauen begangen werden (im Verhältnis 9 zu 1), ein kleiner Teil kann wohl zumindest durch das unterschiedliche Anzeigeverhalten von

männlichen und weibliche Gewaltopfern erklärt werden.

Weder die Kriminalstatistik noch die Strafurteilsstatistik (beides Hellstatistiken) können verlässliche Zahlen über die Häufigkeit von häuslicher Gewalt angeben. Aber die Sensibilisierungskampagnen für häusliche Gewalt haben das Anzeigeverhalten in soweit beeinflusst, dass heute mehr Taten angezeigt werden, die in diesen Bereich fallen als vor 10 Jahren. Ob die Taten insgesamt zunehmen, kann aus diesen Zahlen aber nicht geschlossen werden.

Unabhängig davon, ob mehr Gewalttaten von Frauen oder Männern ausgehen oder wie groß die Zahlen wirklich sind, eines bleibt sicher: Die Opfer brauchen Hilfe. Oft geben sich die Opfer selber die Schuld und denken sie seien Schuld an allem. Doch meistens können sie überhaupt nichts für das aggressive Auftreten anderer. Beratungsstellen helfen Opfern dabei ihre Situation anzunehmen und sich nicht weiter in die Opferrolle drängen zu lassen.

Sollte man Opfer von häuslicher Gewalt werden, oder sieht man Übergriffe kann man verschiedene Wege gehen um sich oder anderen zu helfen.

Zum Einen hat die Polizei einen Notdienst, an dem einem speziell geschulte Menschen zur Seite stehen. Des Weiteren gibt es die Möglichkeit gerichtlich gegen den/die Täter_in vorzugehen, zum Beispiel durch getrennte Wohnungen, und zum Anderen durch eine intensive Betreuung von Opfern und Täter_innen.

Das Land Niedersachsen fördert zur Zeit 41 Frauenhäuser, drei Mädchenhäuser und 34 Gewaltberatungsstellen. Zudem gibt es viele weitere Initiativen in privater Trägerschaft oder mit regionaler Unterstützung. Gewaltberatungsstellen haben sich vor allem auf Missbrauch, sexuelle Vergewaltigung und Misshandlung spezialisiert und leisten psycho-soziale Unterstützung und Beratung.

In den größeren Städten gibt es oft auch Selbsthilfegruppen, die auch bei finanziellen Problemen helfen können.

Außerdem gibt es immer die Möglichkeit die Seelsorge anzurufen, um überhaupt erst mal darüber zu sprechen. Der erste Schritt ist immer der Schwerste und sollte von Freunden oder Bekannten auf jeden Fall unterstützt werden.

Viele weitere Infos findet man auch im Netz zum Beispiel unter gewaltschutz.info oder auf der Seite des Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration.

Julia Amthor, 21, ist Studentin der Sozialwissenschaften in Hannover und engagiert sich dort in ihrer Ortsgruppe.

Lia Karrasch & Simon Beneke

Für den Westen seid ihr Abschaum

„Vereinzelte Akte von Genozid“

So oder ähnlich wurde in den westlichen Medien über das Blutvergießen 1994 in Ruanda berichtet. Aber die Internationale Gemeinschaft hatte kein Interesse daran, dieses Morden zu stoppen.

Aber erstmal zurück ins Jahr 1918: damals wurde Ruanda belgische Kolonie. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Tutsi eher eine herrschende Kaste oder Klasse. Eheschließungen zwischen Tutsi und Hutu waren verbreitet, reichere Hutu konnten von Tutsi kaum unterschieden werden. Die belgischen Kolonialherren machten aus dieser sozialen Abgrenzung eine „Rasse“. Diese künstliche Abgrenzung wurde anhand von Kriterien wie hellerer Hautfarbe, Körpergröße und letztlich dem Besitz von 10 oder mehr Kühen geschaffen. Tutsi durften in der kolonialen Verwaltung mitarbeiten, hatten besseren Zugang zu Bildung und durch qualifiziertere Jobs in der direkten Umgebung der Kolonialherren mehr Einfluss.

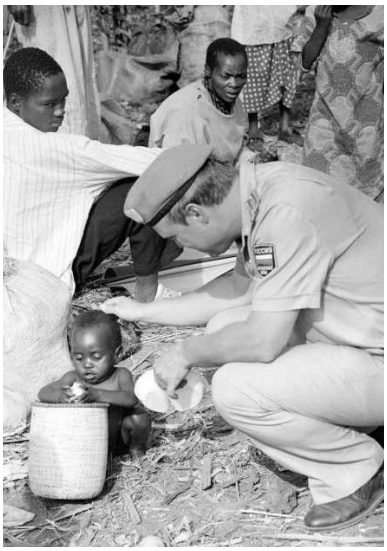
Mit dem Ende der belgischen Kolonialherrschaft 1962 ging die Macht im Land an die Hutu über, welche die Mehrheit der Bevölkerung stellten. Sie waren jahrelang die unterdrückte, arme Schicht des Landes gewesen und nun stieg der Rassismus und die Unterdrückung, inzwischen von Seiten der Hutu, weiter an. Zwischen Hutu-Militär und Tutsi-Rebellengruppen kam es immer wieder zu bewaffneten Konflikten. Die Hutus gründeten auch Milizen, eine Art von rassistischer, gewalttätiger Bürgerwehr, die größtenteils keine Schusswaffen, sondern Macheten oder Werkzeuge als Waffen hatten. Von öffentlichen Radiosendern wurden Hetzreden gegen die Tutsi übertragen, in denen besonders oft das Wort Kakerlake als Synonym für Tutsi verwendet wurde; den Medien kam eine Schlüsselrolle in dem Konflikt zu, indem sie die Hutus weiter anstachelten und Informationen über Aufenthaltsorte von Tutsi weiterleiteten.

Am 6.4.1994 wurde das Flugzeug des Hutu-Präsidenten Habyarimana nach der Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen Huturegierung und Tutsi-Rebellen abgeschossen. Der Präsident starb bei dem Absturz. Die Hutu-Radiostationen verbreiteten dies als Attentat von Tutsi-Rebellen. Wer genau die Maschine abschoss, ist bis heute ungeklärt. Unter der Parole „Fällt die großen Bäume“, übertragen über die Radiosender, begann nur einen Tag später ein Massaker, bei dem größtenteils Zivilisten von Seiten der Hutu benachbarte oder völlig unbekannte Männer, Frauen oder Tutsi-Kinder (und auch Hutu welche mit Tutsi verheiratet waren oder Tutsi versteckten) umbrachten, oft einfach mit Macheten erschlugen.

Die Vereinten Nationen entsandten etwa 2.200 so genannte Blauhelme auf die UNAMIR-Mission (United Nations Assistance Mission for Rwanda) Diese wenigen UN-Truppen waren schlecht ausgestattet und hatten den Befehl, nicht zu feuern. Sie durften nur Ausländer evakuieren, keine Bewohner Ruandas. Weitere Soldaten wurden trotz dringlicher Bitten aus Ruanda nicht entsandt. Im Gegenteil, nach der Ermordung von belgischen UN-Truppen wurden weitere Blauhelme abgezogen. Die Menschen, die bei den Truppen Schutz gesucht hatten, wurden ihrem Schicksal überlassen. Der kanadische Oberbefehlshaber der UN-Truppen, Roméo Dallaire, schrieb später über den Einsatz das Buch: Shake Hands with the devil: The failure of humanity in Rwanda.

Der Konflikt wurde letztlich durch Tutsi-Rebellen aus Uganda, die RPF (Rwandan Patriotic Front), denen an anderer Stelle ebenfalls grausame Taten vorgeworfen werden, mit Gewalt beendet. Die guten Menschen im Westen taten nichts.

Innerhalb des 100 Tage dauernden Genozids starben fast eine Million Menschen, darunter schätzungsweise mindestens ¾ der Tutsi Ruandas. Die überlebende Bevölkerung hat noch immer mit den Folgen des Genozids zu kämpfen: etwa 40% der Bevölkerung sind 14 Jahre oder jünger, der Frauenanteil an der Bevölkerung beträgt je nach Region bis zu 70%, etwa 300.000 Kinder leben in Haushalten ohne Erwachsene. Die Zahlen zu Vergewaltigungen während des Genozids reichen bis zu 500.000 Opfern, von denen viele mit HIV infiziert wurden.



Dieser Konflikt und der Genozid werfen beinahe zwangsläufig Fragen auf: Warum gab es keine „humanitäre Intervention“, also Eingriffe der Internationalen Gemeinschaft, um Menschenleben zu retten? Warum wurde die Darstellung des Konfliktes so gehalten, dass der Westen nicht gezwungen war, Truppen zu entsenden? Warum wurde von „einzelnen Akten von Genozid“ gesprochen, wenn doch so offensichtlich Völkermord betrieben wurde? Wie kann ein Genozid passieren und die Weltgemeinschaft schaut nur zu?

Offensichtlich bestehen international große Hemmungen, in einer Situation tatsächlich von Völkermord/Genozid (die Absicht, „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören“) zu sprechen. Natürlich sollte mit diesem Begriff keinesfalls leichtfertig umgegangen werden. Wenn er aber zu zögerlich benutzt wird, heißt das auch, dass die „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords“ von 1948 nicht greift und die Vereinten Nationen nicht eingreifen.

Sicherlich spielt die Bürokratie großer Organisationen wie der UN eine Rolle, die sie schwerfällig und macht und Entscheidungen behindert. Die begrenzten Kompetenzen und die mangelnde Ausstattung der Truppen sorgten dann noch dafür, dass sie machtlos dem Morden zusehen mussten. Auch die Hemmungen vieler Länder, ihre Truppen überhaupt in gefährliche Gebiete zu entsenden, hat ihren Teil dazu beigetragen. Und: Interventionen passieren häufig nur, wenn ein Land für andere Länder von Interesse ist. Ruanda aber besitzt keine Bodenschätze, die wir brauchen. Ruanda ist sehr fruchtbar, aber Nahrung haben wir mehr als genug. Ruanda ist auch kein Exportmarkt. Und Ruanda ist strategisch nicht wichtig genug. Also wäre die Rettung von Menschenleben der einzige Grund, das Massaker zu stoppen. Dieser Grund scheint nicht überzeugend genug gewesen zu sein.

Was können wir aus dem Fall Ruanda lernen?

Es darf nicht sein, dass wir Menschen beim Sterben zusehen und mit einem Schulterzucken das Fernsehprogramm wechseln. Das Konzept der humanitären Intervention hat versagt. Die internationale Gemeinschaft muss die Herausforderung annehmen, neue Konzepte für frühzeitige, präventive und zivile Eingriffe zu überlegen, um humanitäre Interventionen als letztes Mittel überflüssig zu machen. Dabei ist es wichtig, frühe Warnzeichen nicht zu übersehen, denn Faktoren wie die Unterdrückung von Minderheiten oder die Verweigerung politischer Teilhabe für bestimmte gesellschaftliche Gruppen führen beinahe zwangsläufig zu Konflikten und schaffen so erst die Grundlage für verheerende Situationen wie in Ruanda.

Lia Karrasch (23) ist Mitglied der GJ Hannover, Sprecherin der GJ Niedersachsen und manchmal geschockt über menschliche Abgründe

Simon Beneke (24)

Foto auf S. 25: http://www.flickr.com/photos/kio-ko/2785572945/ by daveblume

Foto auf S. 26: http://www.flickr.com/photos/un_photo/4417555428/ by United Nations Photo

"Deutschland ist ein aktiv Krieg führendes Land"

Der IGEL im Gespräch mit Uli Cremer aus Hamburg, Mitorganisator der Grünen Friedensinitiative bei Bündnis 90/Die Grünen und überzeugter Pazifist, über den Krieg in Afghanistan, die Kraft der Friedensbewegung hierzulande, die Fehler der NATO und über die Positionen der grünen Partei.

Uli Cremer organisierte den parteiinternen Widerstand bei den Grünen gegen den Kriegskurs beim Kosovo-Krieg.

Am Osterwochenende wurden drei deutsche Soldaten in Afghanistan getötet. Ebenfalls verloren sechs afghanische Soldaten und eine unbekannte Anzahl von Menschen auf der Gegenseite ihr Leben, die ja aber in den Medien so gut, wie keine Rolle spielen. Einige Tage später starben weitere 4 Bundeswehr-Soldaten. Ist dieser Krieg überhaupt noch zu gewinnen?

Er ist für die NATO (= North Atlantic Treaty Organization. Ein militärisches Bündnis europäischer und nordamerikanischer Staaten) genauso wenig zu gewinnen wie der in der 1980er Jahren für die Sowjets. Ich sehe sehr starke Parallelen zwischen diesen beiden Kriegen. Dabei geht es nicht nur um die Dauer oder das Ziel, ein genehmes afghanische Regime zu etablieren. Auch die Größenordnung der eingesetzten Soldaten ist vergleichbar – immerhin war die Rote Armee mit über 100.000 Soldaten dort vertreten und konnte das Blatt nicht wenden. Dabei hat die NATO noch bessere Voraussetzungen als die Sowjets damals. Es gibt ja heute keine andere Supermacht, die hinter den Aufständischen stehen würde. Vielmehr wird die NATO ja von Russland in diesem Krieg aktivst unterstützt. Ein Großteil des Nachschubs läuft über Russland. Deshalb wird auch Nordafghanistan immer stärker in die Kämpfe einbezogen. Es liegt in der Logik des Krieges, dass die Aufständischen versuchen Nachschubrouten zu sabotieren. Deswegen gibt es immer mehr Anschläge im Norden. Das ist auch der Grund, warum man damit rechnen muss, dass es zu weiteren Todesopfern bei der Bundeswehr kommt. In den ersten 4 Monaten dieses Jahres sind 173 westliche Soldaten gefallen. Im Vergleich zum Vorfahr sind das 88% mehr Opfer. Das ist ein Indikator dafür, dass der Krieg sich intensiviert hat. Ich sehe auch nicht, dass es militärische Fortschritte für die NATO bzw. die westlichen Staaten gegeben hat. Die Militäroffensive im Süden war nicht erfolgreich. Die Taliban sind in den befreiten Gebieten schon wieder präsent und das Geld, dass die US-Streitkräfte an die Bevölkerung verteilt haben, landet dann eben ein paar Tage später bei den Taliban. Also unterstützen die ihren eigenen Gegner. Die verstehen offensichtlich das Land überhaupt nicht. Die Verankerung der Aufständischen in der Bevölkerung ist nun mal besser als die NATO sich das wünscht.

Ein klares Plädoyer für eine Exit-Strategie. Wie kann die gelingen?

Also, ich glaube, die Exit-Strategie für die NATO muss so aussehen, dass man ein kurzfristiges Abzugsdatum setzt. Dann kann man den Abzug organisatorisch z.B. bis zum Ende des Jahres bewältigen: Ich glaube weiter, dass dann auch die Kampfhandlungen abnehmen würden. Damit wäre dann auch die Voraussetzung für Friedensverhandlungen gegeben. Denn solange die Besatzungstruppen – so werden sie ja wahrgenommen – im Land sind, sind auch keine Lösungen in Sicht. Es ist ein Irrweg zu glauben, dass man das militärische Gleichgewicht zu seinen Gunsten verschieben und dann besser verhandeln kann. So funktioniert das offensichtlich in Afghanistan nicht.

Du bist sehr NATO-kritisch. Warum eigentlich?

Ich habe mich in den letzten Jahrzehnten sehr intensiv mit der NATO beschäftigt. Auch den Wandel von der alten NATO zur neuen NATO habe ich sehr genau verfolgt. Darüber habe ich auch mehrere Bücher geschrieben. 1998 habe ich das Buch geschrieben mit dem Titel „Neue NATO – neue Kriege?". Ein Jahr später konnte ich das Fragezeichen angesichts des Kosovokrieges beiseite räumen. Ich hätte mir gewünscht, dass die NATO Anfang der 90er Jahre, genauso wie der Warschauer Pakt, als Militärpakt aufgelöst worden wäre. Es gab damals die Möglichkeit, ein kollektives Sicherheitssystem aufzubauen. Ein solches Sicherheitssystem zeichnet sich dadurch aus, dass darin nicht nur Freunde, sondern auch potentielle Gegner enthalten sind. Das

ist bei der NATO nun mal genau nicht der Fall. Potentielle Gegner wären heute der Iran, Nordkorea – um das ein wenig zuzuspitzen. Im Grunde ist die neue NATO genau das geblieben, was die alte NATO war: Nämlich eine Militär- und Kriegsorganisation. Lediglich die militärstrategische Ausrichtung ist neu. Statt West-Ost, jetzt Nord-Süd.

Die offizielle Beschlusslage der grünen Partei besagt, dass man innerhalb der aktuellen Legislaturperiode über einen Abzug der Truppen nachdenken bzw. raus sein muss. Also keine Nennung von konkreten Daten. Damit schwingt ja auch diese Angst mit das Land und die Leute in einem totalen Chaos zu hinterlassen. Ist das nicht ein Argument bei der Abzugsfrage zumindest ein wenig zurückhaltender zu sein?

Man hat ja die Wahl, beim Bürgerkrieg mitzumachen oder beim Bürgerkrieg nicht mitzumachen. Dieser tobt schon über 30 Jahre. Man hat ja jahrelang so getan als ob es den nicht geben würde. Aber er hat ja nie aufgehört. Das ist ein Punkt, den man sich immer wieder klar machen muss. Die Aufständischen gewinnen dadurch an Kraft, dass es Besatzungstruppen gibt. Wenn die Besatzungstruppen als Gegner ausfallen, weiß ich nicht, ob sie dann wie jetzt neue Kämpfer rekrutieren könnten. Es gibt immer wieder Überraschungen in diesem Land. Wenn wir jetzt mal an den Abzug der Roten Armee denken: Da gab es den Präsidenten Nadschibullah(Mohammed Nadschibullah war von Mai 1986 bis 1992 afghanischer Staatspräsident) damals. Ich hätte seinerzeit keine Mark darauf gewettet, dass der sich ohne sowjetische Unterstützung auch nur eine Woche an der Macht halten würde. Er hat sich aber vier Jahre lang gehalten. Das zeigt offensichtlich, dass wir das Land nicht verstehen und dass man auch aus so einem Faktum etwas lernen kann für die Gegenwart.

In der neuen grünen Bundestagsfraktion hat sich bei der Frage nach der Verlängerung des Afghanistanmandates einiges getan. Das liegt nicht zuletzt an einigen neuen Personen in der Fraktion. Die Anzahl der Nein-Sager ist immerhin angewachsen. Gibt das nicht Grund zur Hoffnung?

Ja, durchaus. Der harte Kern ist ja auf 8 Abgeordnete (die dem Afghanistanmandat in Bundestag zugestimmt haben – Anmerkung der Redax) zusammengeschrumpft und das ist natürlich eine wichtige Sache. Auf der anderen Seite, was mir eben völlig fehlt, ist eine Verbindung von denen, die in der Bundestagsfraktion gegen den Afghanistankrieg stimmen zur Friedensbewegung. Da gibt es leider kaum Verbindungen. Allerdings ist das ja auch ein beidseitiger Prozess. Die Friedensbewegung ist ja hier im Land auch so schwach, weil es ihr es nicht gelingt alle Oppositionsfäden, die es gegen diesen Krieg gibt, zusammenzuführen. Das wäre ja Aufgabe einer Bewegung. Das ist nicht der Job irgendeiner grünen Friedensinitiative. Ich habe eben auch den Eindruck, dass es da sehr starke Berührungsängste auf grüner Seite gibt. Auf einer Anti-AKW-Demo lässt man sich ganz selbstverständlich zeigen. Aber zu einer Friedensdemo geht man nicht hin.

Okay, kommen wir zur Friedensbewegung. Ich habe hier einen Kommentar aus meiner Heimatzeitung über die geringe Beteiligung an den diesjährigen Ostermärschen. Titel des Kommentars „Der Krieg ist zu weit weg". Die Autorin schreibt: „Nur wenn ihr Alltagstrott konkret gefährdet ist, dann gehen jüngere Menschen noch auf die Straße. Wenn der Arbeitgeber das Werk schließen will, die neue Schnellstraße vor dem eigenen Haus langgehen soll oder die Schule der Kinder extrem renovierungsbedürtig ist. Krieg, Atomwaffen und Afghanistan sind einfach zu weit weg. Deshalb brauchen sich die Organisatoren der Ostermärsche nicht zu grämen. Sie hatten außer bei den Alt-68ern und überzeugten Linken nur wenig Chancen auf Resonanz. So richtig voll wird es zu Ostern wahrscheinlich erst wieder, wenn gegen etwas demonstriert wird, was viele Deutsche in ihrem Alltag ärgert." Als überzeugter Pazifist kannst du zustimmen oder ist dir das ein zu schwarzes Bild auf die Sicht der Dinge?

Da stecken einige Körnchen Wahrheit drin, allerdings auch viel Falsches. Zum einen glaube ich nicht, dass das jetzt ein Problem der jungen Generation ist. Diejenigen, die in den 80er Jahren noch zu tausenden auf die Straße gegangen sind, die sind ja nicht alle gestorben – aber die gehen heute auch nicht mehr auf die Straße. Insofern hat das mit Generationen nichts zu tun, sondern es geht schlicht und ergreifend darum, dass man sich damals als potenzielles Opfer eines Atomkrieges sah. Die Perspektive beim Afghanistankrieg ist eher eine „Täterperspektive". Deutschland ist ein aktiv Krieg führendes Land. Das eben mit seinen Truppen auch Leute tötet. Scheinbar ist es in dieser Perspektive schwieriger gegen diesen Krieg Widerstand und Aktivität zu entwickeln. Zumal ja der Krieg hier in Deutschland medial nur rudimentär ankommt. Es kommt immer nur an: Drei Bundeswehrsoldaten sterben und die Bundeswehr bombardiert dort Menschen. Dass das Jahr 2009 ein unheimlich intensives Kriegsjahr gewesen ist und das eben schon über 1.700 westliche Soldaten dort gefallen sind - das interessiert hier ja überhaupt keinen. Das kriegt ja überhaupt keiner mit. Es gibt immer noch diese nationalistische Sichtweise, dass man eben nur auf die Bundeswehr und deren Einsatz guckt. Aber der Einsatz ist ja nun mal in

Literaturhinweis: Neue NATO: die ersten Kriege - Vom Militär- zum Kriegspakt, ISBN 978-3-89965-314-4

ein internationales Bündnis eingebunden. Das ist ganz wichtig, dass man das als Friedensbewegung immer wieder vermittelt. Ich glaube auch, dass die Friedensbewegung da einen Fehler gemacht hat. Die starke Fokussierung auf die alleinige Forderung: Bundeswehr raus! Das ist Quatsch. Wenn man darüber diskutiert, geht es nicht darum, dass ein Land sich zurückzieht, sondern dass die ganze Operation der NATO abgebrochen wird. Wie kann man das bewerkstelligen? Sollten die Deutschen anfangen? Darüber kann man diskutieren. Das sind alles Feinheiten. Die Perspektive muss aber sein: Wie kann der Krieg insgesamt beendet werden!

Habe ich dich richtig verstanden: Der/die DeutschE hat ein gewisses Schamgefühl und geht deshalb nicht auf die Straße gegen diesen Krieg?

Na ja, ich glaube, es ist leichter sich betroffen zu fühlen, wenn man sich selbst als Opfer einer Entwicklung wahrnimmt. Zum Beispiel wird eine Schnellstraße in der eigenen Nachbarschaft geplant und dann macht man eine Bürgerinitiative dagegen. Schwieriger ist es, das eigene Land zu kritisieren, wenn es irgendwo weit weg Unrechtes tut. Und es ist Unrechtes, was da in Afghanistan getan wird. Man behauptet jahrelang, man baut Brunnen, Brücken und Mädchenschulen. Tut man auch, nur ist die Frage: Wird eine Brücke vielleicht deswegen gebaut, um den militärischen Nachschub zu sichern und die eigene Kriegsführung zu optimieren? Man muss ja nicht so blöd sein, dass man sich von jeder PR-Nummer, die im Verteidigungsministerium erdacht wird, blenden lässt.

Lieber Uli, vielen Dank für das Gespräch!

Christian Hinrichs ist IGEL-Redakteur und findet Krieg blöd

ANZEIGE

Für die GJN in Brüssel und Straßburg: Das JPA-Team

Seit einem Jahr ist die GRÜNE JUGEND Niedersachsen nun auch im EU-Parlament vertreten: Jan Philipp Albrecht kämpft als junggrüner Abgeordneter mit seinem Team in Brüssel und Straßburg für eine bessere Europapolitik. Vor allem die Bürgerrechte, die Netzpolitik und der Einsatz gegen Rechtsextremismus sind dem JPA-Team ein Anliegen. Wer Fragen oder Anregungen hat, kann diese unter www.janalbrecht.eu abschicken, Korbinian Deuchler im Europabüro ansprechen oder Jan auf Facebook, Twitter & Co direkt anschreiben.

Aktiv gegen Nazis!

- Rechtsextreme Strukturen erkennen
- Gegenbewegung vernetzen
- Solidarisch handeln

Am 2. & 3. Juli 2010, Uni Lüneburg

Anmeldung und Informationen unter: www.aktiv-gegen-nazis.org

Die Grünen/EFA

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Service machen wir mit links!

Hier habt Ihr E-Mail-Adressen und Telefonnummern von AnsprechpartnerInnen der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen (GJN):

Landesgeschäftsstelle
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (05 11) 126 085 77
Fax: (05 11) 126 085 70
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de
Internetadresse: http://www.gj-nds.de
Bankverb.: Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500, BLZ: 251 205 10
Geschäftsführung:
Christian Gailus
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de

Landesvorstand
Julia Karraschg (Sprecherin)
julia_karrasch@yahoo.de
Hannover

Jan Frederik Wienken (Sprecher)
Jan.wienken@gj-nds.de
Göttingen

Politischer Geschäftsführer
Steffen Bach (Braunschweig)
bach_steffen@web.de

BeisitzerInnen
Svenja Schurade (Gifhorn)
svenja@schurade.de

Jil Dreyer (Hannover)
larajildreyer@gmx.de

Maxi Lou Geßner (Göttingen)
maxis-world@web.de

Julian König (Braunschweig)
julian.koenig@gmx.de

Schatzmeisterin
Nele Holz
nele.holz@gmx.de

IGEL-Redaktion
Judith König (Niedersachsen)
koenig.judith@yahoo.de

Vanessa Hoffmann (Braunschweig)
vanessa.hoffmann@gj-nds.de

Michèle Kahl
michele.kahl@gj-nds.de

Patrick Haase (Lüneburg)
patrick.haase@gj-nds.de

Arne Schwabe-Herrmann
schwabe-herrmann@t-online.de

Christian Hinrichs
christian.hinrichs@gj-nds.de

Adressänderungen schickt uns bitte an die Landesgeschäftststelle (Kontakt siehe oben)!

Weitere Informationen und Kontaktadressen, auch von GRÜNE JUGEND-Gruppen in Eurer Nähe, bekommt Ihr in der Landesgeschäftsstelle oder im Internet:
www.gj-nds.de (Niedersachsen)
www.gruene-jugend.de (Bundesverb.)

Termine

05.06.2010:
Anti-Nazi-Demo in Hildesheim

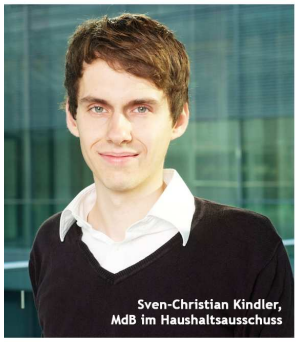
07.06.2010:
Podiumsdiskussion zum neuen Versammlungsgesetz
Hannover, DGB-Haus

09.06.2010:
Bildungsstreikdemo
bundesweit

12.06.2010:
Bildungsstreikdemo
bundesweit

12-13.06.2010:
Seminar Basisschule des FaFo Bildung
Hamburg

02.07.2010-03.07.2010:
Kongress "Aktiv gegen Nazis"
Lüneburg


Sven-Christian Kindler, MdB im Haushaltsausschuss

Nach der Krise ist vor der Krise – soziale Ungleichheit abbauen!

Kredithilfen für Griechenland, Eurorettungsschirm, europäischer Stabilitätspakt. Dazu wurde viel in den letzten Wochen debattiert, beraten und entschieden. Doch über grundlegende Ursachen der Krise wurde viel zu wenig diskutiert. Wir erleben derzeit immer noch die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise im Kapitalismus der letzten Jahrzehnte. Nicht nur die Deregulierung an den Finanzmärkten, sondern auch die große Spreizung zwischen Arm und Reich hat diese Krise mit verursacht. Der immense Vermögenszuwachs der Reichen und Superreichen vor allem in den USA - aber auch in Deutschland - wurde größtenteils nicht konsumiert oder in produzierenden Unternehmen investiert, sondern an den Finanzmärkten platziert. Zu viel Kapital, das den Zwang hat sich ständig zu akkumulieren, suchte nach gewinnmaximierenden Anlagemöglichkeiten, die größtenteils keinen realen Gegenwert haben. Eine riesige Blase bildete sich, die irgendwann platzen musste. Deswegen ist die steigende Ungleichheit nicht nur ein soziales, sondern auch ein ökonomisches Problem in unserer Gesellschaft. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Verteilungskrise verschärfen und verstärken sich auch gegenseitig mit der Klimakrise. Konzentrierter Reichtum fördert u.a. einen verschwenderischen Luxuskonsum, der einen ebenfalls nicht nachhaltigen Statuskonsum der Mittelschichten nach sich zieht, um gesellschaftlichen Aufstieg zu symbolisieren. Die verheerenden Folgen des Klimawandels müssen dagegen vor allem die armen Menschen in den Ländern des Südens ausbaden. Aus sozialen, ökologischen und ökonomischen Gründen brauchen wir deswegen eine neue Diskussion über eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen - national wie global! Ohne einen konsequenten Abbau der Ungleichheit steht die nächste schwere Krise bald wieder vor der Tür.

Impressum

Herausgeberin
GRÜNE JUGEND Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (0511) 126 085 77
Fax: (0511) 126 085 70
E-Mail: info@gj-nds.de
Web: www.gj-nds.de
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500
BLZ: 251 205 10

Redaktion
Judith König
Michèle Kahl
Vanessa Hoffmann
Patrick Haase
Christian Hinrichs
Arne Schwabe-Herrmann
Henrik Steinert (Bremen)

Mitarbeit
Christoph Müller, Carolin Müller, Katja Weiden, Jule Amthor, Florian Thielebörger, Paul Lüdemann, Maxi Lou Geßner, Julia Karrasch, Simon Beneke, Yara Behrens, Carolin Neumann

Quote
8 Artikel wurden von Männern, 7 von Frauen geschrieben=46,72 %

Layout
Judith König

Druck
Akzent Druck Hannover
Auflage: 750 Stück

Copy Left
Die Texte dieser IGEL-Ausgabe stehen unter der GNU Free Document License (NGNU FDL).

Anmerkung
Namentlich gekennzeichnete Artikel, besonders in den Meinungsseiten, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle in dieser Ausgabe verwendeten Bilder stehen unter einer Creative Commons License.

Titelbild
Judith König
CC: BY-NC-ND